

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
anzwährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (18)

7. Jahrgang.

Donnerstag, 17. März 1927.

Nr. 64.

Ein unbequemer Mahner.

Der Abgeordnete Szent-Jvany hat an den parlamentarischen Klub des Bundes der Landwirte, dessen Mitglied er ist, einen Drohbrief gerichtet. Entweder sorgt Ihr dafür, daß unsere politischen, nationalen und wirtschaftlichen Forderungen erfüllt werden, oder wir eröffnen gegen die Regierung eine scharfe oppositionelle Kampagne auf der ganzen Front — das ist der Sinn des Schreibens. Szent-Jvany? Das klingt doch ganz ungarisch! In der Tat ist der Träger dieses Namens Magyare, und nicht nur das, er ist auch Führer der Ungarischen Nationalpartei, das ist Führer der ungarischen Nationalisten in der Slowakei, die, als die Slowakei noch zu Ungarn gehörte, als Deutschenhasser einen Namen hatten, denen jeder Deutsche ein „miserabler Schwab“ war und deren Haupttätigkeit sich in der Arrangierung von Vorklößen gegen Oesterreich und die Deutschen erschöpfte. Wie kommt Szent unter die Propheten? Wie dieser paprikablättrige Magyare unter die deutschen Landwirte? Aber er ist nicht der alleinige ungarische Nationalist in dem Gebilde, das sich Klub des Bundes der Landwirte nennt, es sind auch noch folgende „deutsche Landwirte“ da: Ferencz Füsih, Janos Holota, Ferencz Ggzy, Jolicek Lorköli und Gyula Konezor. Sind diese Janos, Ferencz und Gyulas den Spinus, Windisch und Pierhut wirklich auf einmal so weisens- und stammerwandl, daß diese sie für würdig halten, im Klub Seite an Seite mit ihnen für die „deutschen Belange“ einzutreten?

Sehen wir vorerst zu, was Herr Szent-Jvany seinen Klubgenossen mitzuteilen hat. Sein Schreiben, in dem er seiner Unzufriedenheit mit der Politik des Klubs des Bundes der Landwirte in der Frage der Verwaltungsreform Ausdruck gibt und die Einberufung einer Vollversammlung fordert, ergänzt er durch Mitteilungen an die „Bohemia“, in denen er auf die Zeit der Wahlen zurückgreift. Nach dem Wahlübereinkommen, das der Bund der Landwirte mit den Gewerbetreibenden und der Ungarischen Nationalpartei abschloß, habe sich diese verpflichtet, einem aus diesen Parteien gebildeten Klub beizutreten, doch habe sie sich in der Frage des Eintritts in eine Regierungsmehrheit freie Hand vorbehalten. Weiter sagt Szent-Jvany:

„Als der gemeinsame Klub des Bundes der Landwirte, der Deutschen Gewerbetreibenden und der Ungarischen Nationalpartei im Spätsommer die Aufforderung zum Eintritt in die Mehrheit und in die Regierung erhielt, stellte er nationale und wirtschaftspolitische Bedingungen auf. Die deutschen Fraktionen des Klubs sind dann ohne Rücksicht auf diesen Beschluß in die Mehrheit eingetreten. Die Ungarische Nationalpartei beharrte aber auf dem vom gemeinsamen Klub gefaßten Beschlusse und forderte die Erfüllung der gestellten Bedingungen. Gleichzeitig erklärten wir, daß wir in allen Fragen freie Hand haben. Da die deutschen Regierungsparteien unsere Forderungen zu unterstützen versprochen und aus Loyalität zu den Waffenbrüdern haben wir jede Kritik der deutschen Politik vermieden, außer jener, die ich in meiner Rede zur Regierungserklärung im Oktober geübt habe. Seitdem warten wir ab.“

Nicht nur für die Art, wie die deutschen Regierungsparteien sich Hals über Kopf in die Arme des tschechischen Bürgerturns stürzten und lieber ihre gestellten Bedingungen verrieten, als den Anschlag an die Futtertruppe zu versäumen, sondern auch für die Leichtfertigkeit, mit der sie ihre magyarischen Klubgenossen hineinlegten, ist das sicher sehr interessant. Die Ungarische Nationalpartei hat seither gewartet und geschwiegen, jetzt beginnt Herr Szent-Jvany aber ungeduldig zu werden, denn seine Partei sieht sich gegenüber der Gruppe der Ungarischen Christlichsozialen, die trotz aller Lockungen zum Eintritt in das Regierungslager nicht zu bewegen ist, vor den Wählern in die Hinterhand gedrängt. Darum haben sich die Parlamentarier der Ungarischen Nationalpartei von ihren Parteiorganen Vollmacht zu weitergehenden

Schritten geben lassen und in Befolgung dieses Auftrages der zuständigen Parteinstanzen stellt Szent-Jvany sein Ultimatum an den Bund der Landwirte: entweder helft Ihr uns erlangen, was wir fordern, oder wir gehen in die Opposition! Die armen deutschen Regierungsparteien! Sie, denen man täglich zu verstehen gibt, daß sie das fünfte Rad am Wagen sind, das wohl nebenher mitlaufen darf, aber jeden Augenblick als höchst entbehrlich abmontiert werden kann, sie, die für ihr eigenes Volk weder das geringste erlangen haben, noch sich sogar irauen, eine Forderung zu erheben, sie, die verurteilt sind, im Winkel zu stehen und sich mit ein paar ihnen hingeworfenen Trinkgeldern begnügen müssen, sollen sich auch noch für die Forderungen ihrer ungarischen Wahl- und Klubgenossen einsetzen, sonst will deren Partei dem Bund der Landwirte nicht länger Gefolgschaft leisten. Herr Szent-Jvany, der in seinem Privatleben erfolgreich der lukrativen Kunst des Schweinezüchtens huldigt, wird noch viele Generationen dieser nützlichen und nahrhaften Gattung von Säugtieren kommen und gehen sehen, ehe er erlebt, daß ihm die hilflos wie der Greis am Dache sitzenden deutschen Regierungsparteien zur Erfüllung der Forderungen seiner Partei verhelfen werden. Wenn sie sich doch erst selber helfen könnten! Es war leicht, Herrn Szent-Jvany mit Versprechungen in die Regierungsmehrheit zu locken, schwerer schon ist es, die Versprechungen einzulösen.

Was nun, wenn Szent-Jvany seine Drohung wahr macht? Dann wird der ganze künstlich fortgeführte Schwindel zusammenbrechen und dem blödesten Auge sichtbar werden, den die Landwirte seit den Wahlen damit treiben, daß sie sich die „stärkste deutsche Partei“ nennen. Es ist wahr, ihr Klub zählt 24 Abgeordnete, jener der deutschen Sozialdemokraten 17 Abgeordnete, aber die Rechte, die sich die Landwirte auf Grund dieser Stärke ihres Klubs arrogiert haben, so die Befegung der deutschen Vizepräsidentenstelle des Abgeordnetenhauses, ruhen doch nur auf einem plumpen Betrug. Denn, ach, wie sieht der Klub der wieder den deutschen Landwirte aus! Da sind vor allem die schon genannten sechs ungarischen Nationalpartei, die sich bisher wohl mit Versprechungen an der Stange halten ließen, aber die keinen Augenblick sich ihrer selbständigen nationalen und politischen Forderungen und der Selbständigkeit ihrer Partei begeben haben. Schon kurz nach der Wahl, bei der Debatte über die Regierungserklärung, zeigte sich die Einheit des „stärksten deutschen parlamentarischen Klubs“ in der Weise, daß Herr Spina die übliche staatsrechtliche Erklärung namens der Landwirte, der Gewerbetreibenden und der deutschen Nationalsozialisten, also einer außerhalb des Klubs des Bundes der Landwirte stehenden Partei abgab, daß dagegen der Abgeordnete Szent-Jvany eine eigene Erklärung für die Ungarische Nationalpartei verlas. Schon beim Betreten des Parlaments gingen die Wege der einzelnen Parteien des „stärksten deutschen Klubs“ bedenklich auseinander und auch im letzten Herbst, als sich die deutsch-tschechische Bürgerregierung dem Hause vorstellte, betonte Szent-Jvany die selbständigen Forderungen seiner Partei durch Abgabe einer eigenen Erklärung. Und nun droht er den Landwirten auch noch mit dem Austritt aus dem Klub, wenn die deutschen Regierungsparteien sich nicht endlich der — Magyaren erinnern! In dem deutschen Landwirte-Klub ist aber auch noch der deutsch-ungarische Abgeordnete Andor Ritsch, der gleichfalls eine eigene Partei repräsentiert, und der durch den Mund Szent-Jvany's erklären ließ, daß er mit der Ungarischen Nationalpartei solidarisch ist. Schließlich sind auch noch die drei deutschen Gewerbetreibenden da, die zwar um ihrer Mandate willen mit den Landwirten durch die dünn gehen, aber als ackerbebauende Landleute weniger in Betracht kommen. Was bleibt nach Hinwegzählung dieser Gruppen, die vor den Wagen der Landwirte eingespant wurden, um deren Macht- und Fründenhunger zu stillen, von der „stärksten deutschen Partei“ noch übrig? Ganze 14, höchstens 15 Abgeordnete und tatsächlich zeigt ein Vergleich der Wahl-

ziffern der letzten Parlamentswahlen mit jenen der Gemeindevahlen vom Jahre 1923, daß die Landwirte nicht als Sieger aus diesem Wahlkampf heimkehrten, sondern daß sie seit den Gemeindevahlen sogar 90.000 Stimmen verloren haben.

Darin offenbart sich noch ein anderer Betrug der Landwirte, den Herr Szent-Jvany aufs neue bestätigt. Sie behaupten mit Vorliebe, der Aktivismus habe bei den Wahlen gesiegt, darum handeln die deutschen Regierungsparteien im Austrage der Wähler, wenn sie in Szechas Gefolge eingerückt sind. Ausdrücklich sagt Szent-Jvany in seiner Veröffentlichung, das Ziel des Wahlübereinkommens seiner Par-

Schutz den alten und invaliden Bergarbeitern, den Witwen und Waisen des Grubenproletariats

Rede des Genossen Jarolim im Senat.

In der Sitzung des Senats vom Dienstag gelangte bei der Beratung einiger Abänderungen des Berggesetzes Gen. Senator Jarolim zu Wort. Derselbe befahte sich zunächst mit den in dem vorliegenden Entwurfe vorgesehenen Änderungen der Bestimmungen über die Grubenarten, wobei er der Meinung Ausdruck gab, daß die absolute Geheimhaltung dieser Karten eine überflüssige Maßregel ist. Sodann wandte er sich der wichtigen Frage der Rekultivierung des durch den Bergbau zerstörten Bodens zu. „Ansolange die gegenwärtigen Abbaumethoden bestehen“, so führte der Redner aus, „muß man mit leichten und schweren Zerstörungen der Erdoberfläche rechnen.“ Ein Rechtszustand, der den Bergwerksbesitzern ermöglicht, die Kohlenflöze auszubeuten, Felder und Äuren zu verwüsten und hierauf mit dem von den Bergarbeitern geschaffenen Berges zu verschwinden, ist wohl auf die weitere Dauer unhaltbar. Unseres Erachtens ist der Kohlenbergbau als Ganzes derart ertragreich genug, daß er sowohl die unermesslichen als vermeidlichen Zerstörungen der Erdoberfläche sofort wieder gutmachen kann. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn der Zwang zur Rekultivierung der zerstörten Flächen statuiert wird. Durch die Rekultivierung würden die zerstörten Gebiete nicht nur der landwirtschaftlichen Venähung wieder zugeführt werden, sondern, was ebenfalls sehr wichtig ist, es würde vielen Arbeitern Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Die verwüstete Fläche, die der landwirtschaftlichen Venähung entzogen ist, würde, wenn sie wieder urbar gemacht würde, ausreichen, jahraus jahrein einige Hundert Familien zu ernähren. Angesichts dessen stellt der Klub der deutschen Sozialdemokraten den einen Resolutionsantrag, wornach die Regierung aufgefordert wird, dem Senat einen Gesetzentwurf betreffend die Rekultivierung der vom Bergbau zerstörten Flächen zu unterbreiten.“

Sodann wandte sich der Gen. Jarolim der augenblicklich brennenden Frage der Bergarbeiterversicherung zu. Er führte u. a. aus:

Die Behauptung des Herrn Ministers Spina, daß die Bruderladen hauptsächlich infolge einer planlosen sozialistischen Gesetzgebung vor dem Zusammenbruch stehen, ist mehr als grotesk. Ebenso wie jedem anderen öffentlich tätigen Menschen muß auch dem Herrn Arbeitsminister bekannt sein, daß es in diesem Staate noch keine sozialistische Regierung und demzufolge auch keine sozialistische Gesetzgebung gegeben hat. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten dürfte es wissen oder sollte es wissen, daß die gegenwärtigen Bruderladenrenten zum Teil niedriger, teinesfalls aber höher sind als vor dem Kriege. Ohne viel Zahlen anzuführen, möchte ich zum Beweis einen Vergleich heranziehen. In der Vorkriegszeit konnte sich ein nordwestböhmischer Braunkohlenrevier nach einer 25jährigen Dienstzeit ein Bruderladenrenten für seine Provision täglich 4.7 Kilogramm Brot kaufen. Dagegen langt die Rente nach dem Bruderladengesetz vom 11. Juli 1922 nur noch auf 2.61 Kilogramm Brot täglich. In dem erwähnten Revier ist daher bei Berücksichtigung des Kaufwertes

die gegenwärtige Rente um 44.7 Prozent niedriger als vor dem Kriege.

Und diese Rente erscheint dem Minister für öffentliche Arbeiten noch viel zu hoch. Also die Passivität der Bruderladen ist nicht durch Uebervalorisierung der Renten, sondern durch ganz andere Ursachen herbeigeführt worden. Tatsächlich wurden die Bruderladen durch Krieg und Geldentwer-

tei mit dem Bund der Landwirte sei „die Bildung einer starken oppositionellen parlamentarischen Gruppe“ gewesen. Was doch hierzulande Politik genannt wird! Die schädlichsten, gemeinsten Kollisionsherkisse werden angewendet, sei es auch nur, um den deutschen Sozialdemokraten eine Position abzujagen und für sich einen, wenn auch noch so kleinen Partei- oder persönlichen Vorteil zu ergattern. Die deutsche Wählerschaft hat natürlich ein unveräußerliches Recht, sich von den Deutschbürgerlichen betrogen zu lassen, es ist nur die Frage, wie lange sie von diesem Rechte Gebrauch zu machen gedenkt und ob es ihr nicht bald raifam erscheinen wird, die Betrüger davonzujagen.

„In der Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft und die damit verbundene rücksichtslose Entlassung älterer Arbeiter und schließlich durch die vernachlässigte Kapitalanfertigung ruiniert. Dabei ist die Regierung an dem Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft und der vernachlässigten Kapitalanfertigung des erforderlichen Bedeckungskapitals nicht unschuldig. Die Bergarbeiter fordern daher mit Recht, daß die Tilgung der alten Last der Bruderladen vom Staate und von den Bergwerksbesitzern zu tragen ist.“

Nun sprechen alle Anzeichen dafür, daß sich die Regierung dieser Verpflichtung entziehen will. Wie verlautet, haben mit Zustimmung des Ministerrates die Wirtschaftsminister Grundzüge beschlossen, denen zufolge die Bruderladen in die Sozialversicherung überführt werden sollen. Hierbei

sollen die Renten der bereits vorhandenen Invaliden, Witwen und Waisen um ein Drittel gekürzt werden,

ferner sollen die bereits vorhandenen Bergarbeiter durch die Einreihung in die niedrigste Klasse der Sozialversicherung um die erworbenen Anwartschaften betrogen werden. Ebenso soll für die Zukunft die unbedingte Witwenrente beseitigt werden.

Das ist bei weitem noch nicht alles. Denn die vom Ministerrat beschlossenen Richtlinien beinhalten auch noch andere schwere Schädigungen der Bergarbeiter. Ich glaube aber, daß das, was ich angeführt habe, ausreicht, um sich über die Absichten der Regierung ein Bild machen zu können. Im Laufe der Jahrzehnte haben die Bergarbeiter schon manches erlebt, aber

eine solche Entredung, eine solche Räuberei, wie die beabsichtigte,

steht wohl einzig in der Geschichte der Bergarbeiterversicherung da.

Ich verrate kein Geheimnis und gebrauche auch keine Phrase, wenn ich schon jetzt von dieser Stelle aus die Regierung und die Regierungsmehrheit darauf aufmerksam mache, daß die Bergarbeiter der ganzen Republik gegen das geplante Attentat auf ihre Versicherung und auf die erworbenen Ansprüche nicht nur den schärfsten Widerspruch erheben, sondern vielmehr jeden Augenblick entschlossen sind, mit

allen ihnen zu Gebote stehenden Kampfmitteln

jede Verschlechterung ihrer Versicherung, und zwar um jeden Preis zu verhindern.

Seit dem Jahre 1920 hat der Staat allein an Kohlensteuer aus dem Bergbau über fünf Milliarden herausgeholt und auch jetzt bringt die Kohlensteuer den dreifachen Betrag der gesamten Grundsteuer. Unbeschadet der Kohlensteuer vermochten aber auch die Bergwerksbesitzer die Betriebsüberschüsse von Jahr zu Jahr zu steigern. Angesichts dessen ist es wohl schlecht angebracht, zu sagen, daß die Geldmittel zur Sanierung der Bruderladen fehlen. Indessen hat die Regierung ein Gesetz geschaffen zwecks Sanierung verkrachteter Banken, eben so sehr hat sie dafür gesorgt, daß den Kriegsschuldnern der alten Monarchie, die schwer verdient haben, für noch unrichtigste Forderungen noch einige hundert Millionen Ks in die Hände gespielt wurden. Endlich wurden seit dem Bestande dieses Staates sehr viele Millionen für verschiedene, mitunter anrüchliche Sanierungsaktionen flüssig gemacht. Und deshalb kann man

mit Jug und Recht verlangen, daß der Staat auch die Verpflichtung übernimmt, die durch den Krieg und Fährlichkeit der Regierung und durch das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer ruinierter Brudersluden zu sanieren, und zwar zu sanieren ohne Kürzung der Renten und Anwartschaften.

Deshalb erlauben wir uns, dem hohen Senate einen Resolutionsantrag zu unterbreiten, in welchem die Grundsätze angeführt sind, an die sich die Regierung bei der Sanierung der Brudersluden zu richten hat.

Was nun die Aufbringung der erforderlichen Mittel anlangt, möchte ich darauf hinweisen, daß die Regierung sehr wohl in der Lage ist, einen Teil der Kosten durch den bei der Einfuhr von Zementsteinen erzielten Handelsgewinn von ungefähr 35 Millionen Kronen zur Sanierung der Brudersluden zu verwenden.

Auch in dieser Richtung empfehlen wir dem hohen Senate einen Resolutionsantrag zur Annahme. Auf Grund dieses Resolutionsantrages sollen

der Verschleiß der eingeführten Kohle einer gemeinnützigen Gesellschaft übertragen

werden. Der von dieser Gesellschaft erzielte Handelsgewinn wäre als Beitrag zur Sanierung der Brudersluden zu verwenden.

Die Verwirklichung dieses Antrages ist zweifellos möglich, wenn die Regierungsbürokratie entschlossen ist, den gewerblichen Handelsgewinn zu beiseitigen und selbst auf den Handel mit Einfuhrscheinen auf polnische Kohle zu verzichten. Für die christlichsozialen Volksparteien wäre dieser Verzicht auf den Gewinn aus den Einfuhrscheinen der Verzicht auf das politische Zündholz und für die Agrarier der Verzicht auf die großen Ändel.

Wir hoffen daher, daß der hohe Senat unseren Resolutionsantrag zwecks Sanierung der Bergarbeiterversicherung annehmen wird. (Beifall.)

Genat.

In der gestrigen Senatsitzung kamen verschiedene kleinere Gesetzentwürfe zur Beratung. Unter anderem der Regierungsentwurf über ein Volkszählungsgesetz, wobei Gen. Joll Gelegenheit nahm, von den Verfolgungen zu erzählen, denen anlässlich der letzten Volkszählung viele Bewohner des hultschiner Ländchens ausgesetzt waren.

Nach Eröffnung der Sitzung wird der Bericht des Gewerbeausschusses über eine Abänderung der Gewerbeordnung in Verhandlung gezogen. Danach wird die Herstellung von Zementzeugnissen als Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung erklärt. Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen.

Sodann wird das Volkszählungsgesetz beraten. Darin wird bestimmt, daß die Volkszählung nicht, wie es im bisher geltenden Gesetze bestimmt worden ist, jede fünf, sondern nur jede zehn Jahre vorgenommen werden soll.

Senator Genosse Joll

führt aus, daß man sich bei der letzten Volkszählung das Ziel gesteckt habe, die rein deutschen Gebiete aus der Welt zu schaffen und an deren Stelle künstlich gemischtsprachige Gebiete zu schaffen. In jenen Gebieten, die erst nach dem Umsturz an die Tschechoslowakei angeschlossen worden sind, mußte die Volkszählung den Beweis erbringen, daß diese Gebiete eine slowakische Bevölkerung haben. Am allergrößten wütete der Terror der Beeinflussung im hultschiner Ländchen. Nicht einmal das beschiedene Recht, den Zählungsbogen selbst auszufüllen, wurde den Menschen dort gewährt. Die Zählungskommissare übten durch Drohungen mit der Gendarmenriege oder mit der Bestrafung durch die Bezirksverwaltung einen Druck auf die Bewohner aus, damit sich diese zur tschechischen Nation bekennen. Drohungen mit der Entlassung aus der Arbeit, mit dem Entzug der Invaliden- oder Witwenrente waren an der Tagesordnung. In Hultschin drohte der Zählungskommissar jedem, der sich nicht zur tschechischen Nation bekannte, mit einer Geldstrafe von 3 bis 10.000 Kronen oder drei Monaten Arrest. In Schillersdorf bedrohte der Zählungskommissar Etich die Frauen, deren Männer in Arbeit waren, mit Geld- und Arreststrafen, wenn sie sich nicht zur tschechischen Nation bekennen. In Bolkaitz verlangte der Arbeiter Friß Bietel, daß der Zählungskommissar in die Rubriken 11 und 12 des Zählungsbogens „deutsch“ eintrage. Er wurde deshalb wegen Störung der Volkszählung zu 1000 Kronen Geldstrafe oder 14 Tagen Arrest verurteilt.

Die Partei des Redners müsse daher dafür Sorge tragen, daß gesetzlich jene Vorkehrungen getroffen werden, die eine Wiederholung derartiger Ereignisse unmöglich machen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist in seiner jetzigen Fassung unannehmbar und deshalb stellen die deutschen Sozialdemokraten einen Abänderungsantrag dahingehend, daß die Zählungskommissare und Revisoren nach Vorschlag der Gemeindevertretungen zu ernennen sind, und zwar nach dem nationalen Schlüssel. Weiters unterbreitet er eine Resolution, daß bei der Volkszählung die Nationalität eines jeden Bewohners durch freies Selbstbekenntnis festgestellt wird.

Zum Schluß erinnert der Redner den Senator Lutsch an die Rede, die dieser über die Uebergriffe bei der Volkszählung im Jahre 1921 gehalten hat. Die deutschen Regierungsparteien, welche diesmal nicht die Rechte der nationalen Minderheiten wahren, laden schon heute die Verantwortung auf sich für all das, was bei einer künftigen Volkszählung eintreten wird!

Sen. Friedrich sagt, daß die Vorlage in ihrer jetzigen Form unannehmbar ist. Eine ehrliche Volkszählung ist durch die jetzige Vorlage nicht garantiert. Um eine solche zu erzielen, müssen unbedingt die Erfahrungen, die bei der letzten Volkszählung gemacht wurden und die zu zahlreichen Beschwerden Anlaß gaben, berücksichtigt werden.

Die Anträge der Senatoren Joll und Friedrich werden von der Mehrheit natürlich abgelehnt. Darunter auch von den deutschen Aktivisten, die feinerseit über die Parteilichkeit der Behörden bei der Volkszählung nicht genug jammern konnten!.

Sodann gelangt ein Gesetzentwurf auf die Tagesordnung, wonach gewissen neuen Industrien, die bisher im Inland nicht vertreten waren, Steuererleichterungen gewährt werden. Der Entwurf wurde angenommen.

Ebenso wird der Ausschussbericht betreffend die Gewährung von Staatsunterstützungen bei Elementarkatastrophen genehmigt.

Zum Schluß werden einige zweite Lesungen vorgenommen, wobei eine Resolution des Gen. Jarolim, worin die Regierung aufgefordert wird, cheftens einen Gesetzentwurf betreffend die Refektivierung der durch den Bergbau zerstörten Bodenfläche vorzulegen, angenommen wurde, sowie Auslieferungsgesetzen verhandelt.

Nächste Sitzung heute Donnerstag, 11 Uhr vormittags.

Ein Skandal im Verfassungsausschub des Senates.

Willfür statt Geschäftsordnung.

Vor ungefähr einem Jahre überreichten unsere Genossen im Senat einen Antrag, der sich auf die Zusammenfassung des Ausschusses des Bodenantrages bezieht und bezweckt, daß acht Mitglieder dieses Ausschusses vom Abgeordnetenhaus und vier vom Senat gewählt werden sollen. Dieser Antrag blieb monatelang im Initiativauschub liegen und wurde endlich im September 1926 über Betreiben unserer Genossen dem Verfassungsausschub zugewiesen. Zum Referenten wurde der Ausschubhobmann Sen. Dr. Krupa (tsch. Kl.) bestellt, leither sind sechs Monate verstrichen und trotz zahlreicher Urgeizungen wurde der Antrag nicht auf die Tagesordnung des Verfassungsausschusses gesetzt. Zum Schluß der gestrigen Sitzung ver-

langte nun Gen. Dr. Sella, daß der Antrag endlich einmal beraten werde, verwies darauf, daß später eingebrachte Initiativanträge längst durchberaten sind und verwahrte sich dagegen, daß mit doppeltem Maße gemessen wird. Er beantragte schließlich, den Initiativantrag auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses zu setzen. Die Senatoren Dr. Witt (tsch. Soz.-Dem.) und Dr. Klouda (tsch. Nat.-Soz.) unterstützten den Antrag des Gen. Dr. Sella, der jedoch von der bürgerlichen Mehrheit mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt wurde. Sämtliche Deutschbürgerliche fehlten. Gen. Dr. Sella hielt nun der Mehrheit ihr geschäftsordnungswidriges, allen Gepflogenheiten und Sitten der Parlamente hohnsprechendes Verhalten vor, beschuldigte sie der Parteilichkeit und erklärte, daß im Ausschub nicht früher Ruhe eintreten könne, ehe nicht der Antrag zur Beratung gestellt werden wird. Auch die Senatoren Dr. Witt und Dr. Klouda warfen der Mehrheit ihr parteiliches Vorgehen vor. Der Ausschub ging in großer Erregung auseinander.

Wie die Regierung die Verfassung verletzen wollte.

Eine Debatte entspann sich übrigens auch über einen Gesetzentwurf über die Beförderung auf den Eisenbahnen. Mit diesem Gesetz soll das internationale Übereinkommen von Bern, betreffend den Transitverkehr, ratifiziert werden. Gleichzeitig will jedoch die Regierung diese Grundsätze, die in dem internationalen Vertrag festgelegt sind, auf den Verkehr im Inland ausdehnen. Zu diesem Behufe verlangt sie nun eine Ermächtigung, bestehende gesetzliche Vorschriften durch Verordnungen abzuändern, und zwar nur dann, wenn dies internationale Vereinbarungen notwendig machen. Der Referent Sen. Dr. Baza (Nat.-Dem.) brachte gegen dieses Verlangen verfassungsmäßige Bedenken vor, denen sich Senatoren aller Parteien angeschlossen. Auch Gen. Dr. Sella verwies darauf, daß durch das vorliegende Gesetz die Regierung ermächtigt werden soll, im Wege von Verordnungen Gesetze abzuändern, welches die Aufgabe haben soll, jene Bestimmungen aus dem Entwurfe zu beseitigen, welche der Verfassung widersprechen. Der Antrag wurde angenommen. Auch da glänzten die Deutschbürgerlichen durch ihre Abwesenheit. Sie überließen die Führung der Geschäfte ausschließlich den tschechisch-bürgerlichen Parteien.

Bauförderungsdebatte.

Genosse Schweichhart lehnt die völlig unzureichende Vorlage ab.

Prag, 16. März. Die Debatte über die Bauförderung zieht sich doch länger hinaus, als ursprünglich angenommen wurde; die Abstimmung wird daher erst morgen in einer weiteren Sitzung vorgenommen werden können. In der heutigen Sitzung schilderte Genosse Schweichhart an Hand von traffen Beispielen die ungeheure Wohnungsnot der weitesten Bevölkerungsschichten, der durch so unzulängliche Mittel, wie die neue Vorlage sie gewährt, auch nicht im entferntesten abzuwehren ist. Besonders scharf widersetzte er sich dem Verlangen der Bürgerlichen nach Aufhebung des Mieterschubes, so daß sich der Herrale Sprecher Krumpke veranlaßt sah, im Gegenzug zu den gestrigen unbestimmten Ausführungen des Landbündlers Schubert dieses Thema doch ein wenig vorfichtiger zu behandeln. Die Slowaken, die sich heute wieder einmal untereinander etwas geeinigt haben sollen, gerieten bei einer Rede eines tschechischen Sozialdemokraten, der sie heftig angriff, ganz aus dem Häuschen, so daß die sonst einformige Sitzung wiederholt durch temperamentvolle Zusammenstöße zwischen ihnen und den tschechischen Sozialdemokraten unterbrochen wurde.

Der Regierungskurs ward durch ein Momentwid am Schluß der Sitzung grell beleuchtet: ein Herrale führte den Vorsitz, auf der sonst leeren Ministerbank saßen nur Herr Straß und noch zwei weitere Herrale Minister als lebendiges Symbol für die Tendenz der uns augenblicklich beglückenden Regierung: Schwarz ist Trumpf!

Nach Eröffnung der Sitzung um halb 3 Uhr nachmittags wird die Debatte über das Bauförderungs-gesetz fortgesetzt.

Genosse Schweichhart

brachte zunächst einen scharfen Protest gegen die Verschleppung unseres Antrages vom 11. November 1926 bezüglich Einsetzung eines Geschäftsausschusses vor und erhob Einspruch dagegen, daß man unserem Verlangen nach regelmäßiger Abhaltung der Obmannerkonferenzen nicht Rechnung trägt.

Die in Verhandlung stehende Vorlage befriedigt uns deutsche Sozialdemokraten als wirkliche Freunde einer großzügigen sozialen Bauförderung und einer zeitgemäßen Wohnkultur in gar keiner Weise.

Selbst der Regierungsmann Tich mußte gestern offen erklären, daß das Gesetz kein ideales ist, und er konnte seine Wähler nur damit trösten, daß es nur eine Abhilfsmaßnahme bilde. Ob dies der Fall sein wird, ist bei dieser Regierung und bei dieser Mehrheit allerdings nicht sicher!

Schnüßlich haben insbesondere die Wohnungslosen die Vorlage herbeigesehnt, denn

das in allen Teilen der Republik noch immer herrschende Wohnungsnot der arbeitenden Klassen ist ein aufsehender Kulturskandal, bedeutet systematische Vernichtung von Gesundheit und losbaren Menschenleben, drückt sich in verschärfsten sozialen Mißständen aus und liefert reich-

liche Arbeit für das Kriminial. In Gemeindefürsorge, Leichenhallen und Armenhäusern sind heute noch Arbeiterfamilien in ständischer Weise untergebracht. Erschreckend groß ist das Wohnungsnot namentlich in den ausstehenden Industrieabteilungen. In den stark überfüllten Arbeiterwohnheimen muß schon im Grunde der Sinn für eine geordnete Hauslichkeit erstickt werden. Es tritt an seine Stelle Gleichgültigkeit gegen Unsauberkeit u. dgl. mehr, eine milde Resignation, ein Fatalismus, wie er gewissen Kreisen nur erträglich sein mag, die erklären, daß alles unabänderlich und von oben so gewollt sei.

Schwere gesundheitliche Schäden sind unausbleiblich.

Diphtherie, Tuberkulose und Typhus werden in solchen überfüllten Wohnungen geradezu gejüchtet und die Kinder bleiben selbstverständlich in der Entwicklung weit zurück. Die Säuglingssterblichkeit ist besonders groß; für die Erwachsenen ist vorzeitiges Zickum, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit die unausbleibliche Folge.

Schädigungen sittlicher und kultureller Art sind an der Tagesordnung.

Wie furchtbar, wenn Empfängnis, Geburt und Tod in dem gleichen engen Raum vor fremden Zeugen, oft sogar vor Kindesaugen, sich abspielen.

Ueber das Wohnungsnot der Landarbeiter braucht man ja gar nicht zu reden. Das Vieh, besonders bei den Großgrundbesitzern, ist oft ungenügend weit besser untergebracht, als viele Schichten der Arbeiterbevölkerung in Stadt und Land.

Wenn man in einem Album die ganze Wohnungsnot unserer Zeit zusammenfassen könnte, wäre das eine der schrecklichsten Aufnahmen gegen eine Gesellschaftsordnung, die angeblich die beste sein soll.

Die Wissenschaft gibt auf die Frage, wie menschliche Wohnräume eigentlich beschaffen sein sollten, eine Antwort, die mit der bittersten Wirklichkeit in größtem Widerspruch steht. Wie weit sind die meisten Arbeiterfamilien noch von der Erfüllung der primitivsten Forderung der Wohnungsreform entfernt, daß jeder Einzelne sein eigenes Bett haben soll! Als notwendiges Minimum fordert die ärztliche Wissenschaft rund 20 Kubikmeter, alles heute noch eine schöne Foto Morgana. Eine erste hygienische Minimumforderung ist die Befreiung der Wohnräume und eine entsprechende Lüftung, vor allem über die Zentralisation des Wohnens, kein Zusammenpressen von Massen in engen Zedlungen. Von all dem sind wir heute leider noch weit entfernt!

Die erste Vorbedingung für billiges Bauen aber ist billiger Grund.

die Befreiung der Bodenspekulation, die Ueberführung des notwendigen Baugrundes in das Eigentum der Gemeinde. Bei uns sind alle diese Vorbedingungen nicht vorhanden, die Spekulation in Grund und Boden hat heute noch einen weiten Spielraum. Zum billigsten Wohnen gehört auch das billigste Bauen,

die Herabsetzung der Materialpreise und die technisch vollkommene Ausrüstung.

Beides fehlt. Die Materialpreise sind noch immer wohnsinnige Preise und die Baumeister und Bauhandwerker, die genossenschaftlich nicht organisiert sind, sind dem Baustofflieferanten fast völlig ausgeliefert. Wie berechtigt die Klagen über diese Wucherpreise sind, geht aus einem Artikel in der „Narodni Prace“ vom 10. März hervor, in dem nachgewiesen wird, daß die Fabriken für Baumaterial große Gewinne erzielen. So hat die Stramberg-Witkower Gesellschaft im letzten Jahre 45 Prozent Dividende verteilt und die Königshofer Zementfabrik hat, trotzdem sie im letzten Jahre 10 Millionen an Dividenden ausgeschüttet hat, ebenfalls noch 19 Millionen investiert. Zusammen mit den Abschreibungen hat diese Fabrik im Jahre 1925 allein

120 Prozent des Aktienkapitals verdient. Wo bleibt da die christlichsoziale Partei,

die bei der Beratung der Narodni erklärt hat, man müsse den wucherischen Teuerungsbestrebungen durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen entgegen-treten. Darauf hat sie vollkommen verzichtet!

Genosse de Witte: Wer hat ihnen die Augen mit Kohlentiefen verblende?

Genosse Kofner: Sie müssen die „Wige“ schauen!

Die Beistellung billigen Baugeldes ist eine der Hauptbedingungen der rationellen Bauförderung. Aber hier ist eigentlich der wundeste Punkt, denn mit privatspekulativen Mitteln läßt sich eine wirkliche Bauförderung nicht erreichen.

Das gerade Gegenteil tritt ein. Schon jetzt muß jeder, der eine Wohnung haben will, Tausende, ja Zehntausende Kronen an Spendebeiträgen und Vorauszahlungen leisten und Mietzinsen bezahlen, die im Uebermaß gehen.

Für die Miete geht heute schon ein viel größerer Teil des Lohnes auf, als vor dem Kriege, weil der Mieterschub schon tausendfach durchgedrungen wird.

Ich möchte nun auch etwas über den Abbau des Mieterschubes

sagen. Gestern hat Herr Kollege Tich von der Gewerkepartei im öffentlichen Widerspruch zu seinem vorhergehenden Redner Schubert nicht den sofortigen Abbau des Mieterschubes verlangt, weil er ganz richtig darauf hingewiesen hat, daß durch einen plötzlichen radikalen Abbau auch zahllose Gewerbetreibende, die selbst nur Mieter sind, schwer geschädigt würden. Herr Schubert ist allerdings etwas rücksichtslos und draufgängerisch, da in punkto Volksfreundlichkeit die Herren Landbündler immer voran sind.

Der Hinweis des Herrn Schubert, daß die Aufhebung des Mieterschubes der Befestigung der gebundenen Ernährungswirtschaft gleichkommt, paßt wie die Faust aufs Auge, denn bei der Aufhebung der gebundenen Ernährungswirtschaft waren genug Nahrungsmittel vorhanden, während heute noch lange nicht genug Wohnungen vorhanden sind.

Diesen wesentlichen Unterschied übersehen Herr Schubert gellentlich und sein Vorbild ist das muffelische Italien. Unser Vorbild ist natürlich ein ganz anderes, es ist das rote Wien.

Das Gesetz ist wirklich ein lautes Kompromiß von Geschwätzigem Wert. Es ermöglicht den Bau nur für Leute, die einiges Vermögen bereits besitzen.

Einzelpersonen müssen 25 Prozent des Baukapitals ihr eigen nennen, Gemeinden und Genossenschaften 20 Prozent. Wo sind die Gemeinden und Genossenschaften, die über derartige Mittel verfügen können? Auf das, was ebenfalls gestern hier empfohlen wurde, die Unternehmer zu zwingen, Fabrikswohnungen zu bauen, wollen wir lieber verzichten, denn unsere Arbeiter wollen unabhängig sein von dem Einfluß und der Gnade unserer Unternehmer. (Zustimmung.)

Die ganze Fürsorge der Regierung erstreckt sich auf eine Garantie, die praktisch den Staat nicht sehr belasten wird; mit der Begrenzung der Staatsgarantie auf 120 Millionen kann natürlich nur einen winzigen Bruchteil dessen leisten, was notwendig wäre.

Solange man für den Militarismus jährlich Milliarden übrig hat, ist es ein Verbrechen, bei der Bauförderung in dieser schätzbaren Weise zu sparen.

Unser Mund stellt eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen, die das Gesetz sicher brauchbarer machen würden. Leider müssen wir annehmen, daß die Mehrheit und namentlich auch die zwei deutschen Parteien, die einst im Namen des deutschen Volkes neben uns für eine großzügige staatliche Bauförderung gekämpft haben, sie ablehnen werden. Es ist zumindestens merkwürdig, daß die „Deutsche Presse“, das Zentralorgan der deutschen Herrale, die Vorlage damit begründet, daß sie das Gute, das der frühere Entwurf enthielt, übernimmt, die Schattenseiten aber anzupolieren versucht. Auch Herr Schubert hat ein gleiches Loblied angestimmt.

Genosse de Witte: Werfen Sie den Blick auf die Arbeit!

Aber freilich, die deutschen Christlichsozialen und auch die Landbündler finden ja heute alles gut und schön, was von der grün-schwarzen Regierung kommt. Da hat z. B. der Minister Mayr-Harering am 12. März auf dem Prager Kreispartei-tag den Verfassungsreformentwurf noch immer ganz ungläubigerweise warm verteidigt. Dies sagt der Minister in einem Augenblick, wo draußen das Volk einmütig das Verdammungsurteil über diese Vorlage spricht! Der Herr Minister soll nur wirklich unter das Volk gehen und hören, was es

Zollpläne des deutschen Bürgerblatts.

Den Agrariern soll noch mehr Geld in den Taschen gestohbt werden.

Berlin, 16. März. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichsregierung enthält der deutsch-nationale Landwirtschaftsminister Schiele die zollpolitischen Pläne der Regierung. Unter Verweisung auf den Schutz des Binnenmarktes und die Sicherstellung der städtischen Ernährung forderte er einen erhöhten Zollsatz für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Für die Rübenbauern kündigte er eine besondere Vorlage an, die eine Erhöhung der Zuckerzölle bringen soll. Die deutsch-nationalen Redner verlangten ganz offen die vollständige Unterbindung der Einfuhr agrarischer Produkte aus dem Ausland.

Die entscheidende Auseinandersetzung über diese Pläne der Regierung ist allerdings erst für den Herbst zu erwarten.

lagt, nicht aber sich hinter geschlossenen Türen verhandeln.

Die Abrechnung kommt, meine Herren! Zeit die deutsch-schlechtische Koalition der bürgerlichen Klassen besteht, ist es auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Vorförderung gewollt nach rückwärts gegangen. Das liegt ja in der Natur der Herren Windtisch und Weyer-Harting, die heute stolz erklären, der Kurs geht nach rechts, die Bildung einer konservativen Mehrheit sei ein großer Erfolg. Freilich, wo diese Herren regieren, wird der soziale Fortschritt stets zu kurz kommen, denn ihre Herrschaft bedeutet die Herrschaft des Geldes und der Kirche, bedeutet erhöhte Ausbeutung der breiten Massen, Reaktion und Rückschritt auf allen Gebieten, bedeutet die Vereinerung der Zukunft. Darum erklären wir deutschen Sozialdemokraten den entschiedensten Kampf gegen das herrschende System und es ist wohl ganz selbstverständlich, daß wir nicht für ein Geschick stimmen, das dem Volke nicht das bringt, was es bringen sollte. (Lebhafter Beifall.)

Vinover: (ich, Sozialdemokrat) erklärt, daß die breiten Massen an der Vorlage wenig Freude haben werden. Der Inhalt der Vorlage grenzt geradezu an Verdrug, der an den weitesten Schichten der Bevölkerung verübt wird. Redners Partei ist überzeugt, daß sich das Wohnungsproblem nicht durch ein kurzfristiges Provisorium lösen läßt, sondern nur durch langfristige Vorkehrungen und durch eine alljährliche Dotation; in diesem Sinne kündigt er Abänderungsanträge an.

Belaret (ich, Gew.) über die Schuld an dem Wohnungsleid darauf, daß die Wohnungsfrage bisher nur vom politischen Standpunkt gelöst wurde. Er will keine Familienhäuser, sondern Zinshäuser, da sie viel billiger (?) kamen (und für die Hausbesitzer vorzuziehen sind. D. R.). Die Vorteile des Gesetzes sollten berechtigten Bauunternehmern zugute kommen!

Als nächster Redner tritt Herr Krumpf (Christlichsozialer) auf, der zunächst mit unseren Genossen polemisiert und dabei zugibt, daß die deutsche Regierungspartei nicht die Macht hätte, auf die Bodenreform einzuwirken, damit genügend Landgrund aus der Bodenreform zur Verfügung gestellt werde. In der Vorlage sieht er natürlich einen großen Fortschritt gegen früher. Ueber den Mieterchutz und dessen Aufhebung spricht er sich jedoch ziemlich vorsichtig aus. Lebhaften Widerspruch heben unserer Genossen erregt er durch die Feststellung, daß seine Partei das Wiener Experiment ablehne. Im weiteren Verlauf gerät er namentlich mit dem Genossen de Witte, der ihm treffende Zwischenrufe macht, in einen heftigen Konflikt, der bis in die Couloirs hörbar ist.

Stella (Kommunist) wird wegen verschiedener unparlamentarischer Ausdrücke nachträglich zur Ordnung gerufen. Er befaßt sich namentlich mit dem Wohnungswörter in den großen Städten und schildert Beispiele trauriger Wohnungsnot.

Nach dem slowakischen Redner erklärt der tschechische Nationalsozialist Zahorsky, daß man eine Vorlage wie die heutige schon gleich vor zwei Jahren hätte verwirklichen können, als das alte Baugesetz abgelaufen war. Trotz seiner Unzulänglichkeit bedeute der neue Entwurf doch eine gewisse Unterbrechung der Bauärgerei, so daß die Partei des Redners sich nicht grundsätzlich gegen den Entwurf stellen könne.

Während der Rede des tschechischen Sozialdemokraten Vesko kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Slowaken und den tschechischen Sozialdemokraten, weil Vesko die Tätigkeit der Arbeiter in der Slowakei einer vernichtenden Kritik unterzieht. Auf einen Zwischenruf Stukas ruft ihm Redner zu: Schämt euch! ihr habt zehn Millionen für euchere Bank gestohlen! Das war das Signal zu erregten Wortgefechten zwischen den beiden Parteien, die nicht so bald zur Ruhe kamen.

Die Debatte wird sodann abgebrochen; von der Mehrheit werden noch einige oppositionelle Interpellationen abgelehnt, was nicht ohne Lärm vor sich geht.

Schluss der Sitzung um viertel 8 Uhr. Nächste Sitzung morgen Donnerstag um 11 Uhr vormittags. In dieser Sitzung wird die Vorberatungsdarstellung, zu der noch vier Redner vorgemerkt sind, beendet und die Abstimmung vor-

genommen werden, die sich infolge der vielen Abänderungsanträge ziemlich lange hinausziehen dürfte.

Der Außenausschuss des Abgeordnetenhauses befaßt sich gestern, den 16. März, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Tomasek mit einigen untergeordneten Verträgen (Regelung von Postverhältnissen mit Oesterreich und Ungarn) sowie mit dem langjährigsten Handelsvertragsprovisorium. Die Sitzung wäre ganz beinahe zu Ende gegangen, wenn nicht Abgeordneter Genosse Schweichhart unter Hinweis auf die tristen Verhältnisse in der Industrie, mitbewirkt durch die Unschärfe bezüglich der kommenden Handelsverträge mit Ungarn, Oesterreich usw., die Regierung erschieden aufgefordert hätte, dem halt-

Verhandlung der Eisenbahner mit dem Ministerpräsidenten.

Verhandlungsbereitschaft der Regierung. — Das provokatorische vorgehen des Eisenbahnministeriums dauert fort.

Auf Grund des Beschlusses der Exekutive der koalitierten Eisenbahnerorganisationen fanden sich am Mittwoch, den 16. d. M., vormittags, die Abgeordneten Broderick, Purival, Grünzner, Kavratic, Frachajsa und Senator Zochor, welche diese Organisationen vertreten, beim Ministerpräsidenten Sechla ein.

Sie legten dem Ministerpräsidenten ein Memorandum der Exekutive vor, in welchem die Einwendungen der Organisationen gegen die Dienstordnung, besonders gegen die ungenügende Valorisierung der Bezüge der Eisenbahnangestellten und die unrichtige Einreihung der einzelnen Gruppen und Kategorien begründet wurden.

Nach zweistündigem detailliertem Verhandeln über diese Einwendungen erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung bereit sei, über die Einwendungen zu verhandeln. Außerdem wird die Regierungsverwaltung über die Dienstordnung dem Zentralvertrauensmännerauschuss beim Eisenbahnministerium vorgelegt werden, welcher sie gemeinsam mit Experten der Organisationen, des Ministerpräsidenten und des Eisenbahnministeriums mit Rücksicht auf die Einwendungen der Organisationen behandeln wird.

Die Exekutive der koalitierten Organisationen nahm am selben Tage nachmittags in ihrer Sitzung den Bericht der intervenierenden Abgeordneten über das Ergebnis dieses Einschreitens entgegen, genehmigte deren Vorgehen und beschloß, die Eisenbahnbefehlshaber aufmerksam zu machen, daß trotz Bereitwilligkeit der Regierung zu Verhandlungen bisher immer noch große Differenzen zwischen dem Standpunkte der Regierung und jenem der Organisationen bezüglich der Dienstordnung bestehen.

Die organisierten Eisenbahnbefehlshaber verharren deshalb auch weiter in strenger Bereitschaft wie bisher.

Aus dem vorstehenden Kommuniqué, das uns von den Eisenbahner übermitteln wird, ist immerhin die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Regierung zu Verhandlungen mit den Eisenbahner über die Dienstordnung bereit ist. Ohne dem Ergebnis dieser Beratungen vorgehen zu wollen, kann man somit immerhin einen Erfolg der planmäßigen Arbeit der Exekutive der Eisenbahnerorganisationen darin feststellen, daß sie die Regierung so weit gebracht hat, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, während sich bisher

ihren Zustand baldigt ein Ende zu machen. Unser Redner forderte auch, daß mit Zowjetruhlend rasch ein geregeltes Verhältnis geschaffen werde. Der tschechische Sozialdemokrat Prokes schloß sich den Ausführungen des Gen. Schweichhart an. Abgeordneter Dr. Zamek, Generalsekretär der Prager Handels- und Gewerbelammer, suchte die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß der Handelsverträge entgegenstellen, darzustellen, Volutfragen usw. Kennzeichnend war seine Auffassung bezüglich der anstehenden Verteilung der Industrie ins Innere des Staates und nach Südoften (Slowakei). Die Valorisierung der Industrie im deutschen Randgebiete hält er nicht für notwendig. Daraus ergeben sich allerhand Schlüsse, die für das deutsche Sprachgebiet allerdings nicht sehr erfreulich sind.

gerade der Eisenbahnminister förmlich als Direktor aufspielte und die Eisenbahnerorganisationen in dieser Frage überhaupt übergeben zu können glaubte.

Leider lassen aber die Nachrichten, die von draußen einlangen, keinen Zweifel darüber, daß der scharfmacherische Geist des Eisenbahnministeriums und der einzelnen Direktionen noch immer fortdauert. Die Urlaube sind für das Eisenbahnerpersonal gesperrt und selbst Leute, die sich auf Erholungsurlaub befinden, werden telegraphisch zur Dienstleistung einberufen. Den Vertrauensmännern verbietet man das Verlassen der Station, damit sie sich nicht etwa mit dem Eisenbahnerpersonal ins Einvernehmen setzen können; ja, man hat sogar einem Vorstandsmitglied einer Eisenbahnerorganisation die Fahrt nach Prag jeweils Teilnahme an einer Konferenz verweigert! In den einzelnen Direktionen gehen Zirkulare herum, in welchen den Beamten und Angestellten auf das strengste jede Kritik der Dienstordnung unter Androhung von Disziplinarstrafen verboten wird! Die von uns kürzlich veröffentlichte direkt provozierende Warnung des Eisenbahnministeriums an die Eisenbahner geht in vertieften Paketen an die Stationen hinaus mit der Beifügung, diese Pakete erst auf telegraphischen Befehl hin zu öffnen. Dienstag wurde in Prag-Niedle sogar Polizei in eine ordnungsgemäß angemeldete Versammlung der Eisenbahner geschickt und die Versammlung ohne jeden Grund aufgelöst.

Diese Maßnahmen des Herrn Rajman sehen mit dem Verhalten des Ministerpräsidenten allerdings in scharfem Widerspruch. Herr Rajman möge es sich aber gesagt sein lassen, daß die Eisenbahner mit derartigen Mitteln, die überdies schon im alten k. k. Oesterreich verlobt haben, nicht zur Kooperation zu bringen sind, und möge also diese kindlichen Verhale, mit aller Gewalt die unerblickliche hohe Obrigkeit den zum Nutzen verpflichteten Eisenbahner gegenüber hervorzulehren, doch lieber aufgeben. Auf diesem Wege gibt es keine Lorbeeren zu holen. Wenn er glaubt, mit solchen Mitteln die für die Sicherheit des Verkehrs so notwendige Ruhe auf den Bahnen zu erzwingen, so ist er stark auf dem Holzweg und kann höchstens das Gegenteil erzielen.

Wenn sich die Regierung, was zu begrüßen ist, mit der Exekutive der Eisenbahner an den Verhandlungstisch setzt, dann sollten als Vorbildung auch diese überflüssigen Zirkulare wieder verschwinden. Mit Gewalt bei Tisch verhandelt es sich schlecht!

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

- Prag, 19. 11: Zehnplattentanz. 11.40: Landwirtsch. Rundfunk und Reichsradio. 12.05: Pressekonferenz. 12.15: Musiksendungen. 1. Kofman: Die deutsche Literatur. 2. Schall: Musikalische Sommerkonzerte. 3. Proks: Volkslieder. 4. Wenzel: Volkslieder. 5. Proks: Lang der Wälder. 6. Proks: Musik. 13.15: Rundfunk für Handel und Gewerbe. Ueber die Einwirkung der modernen Technik. 14: Vortragsnachrichten. 16.30: Nachmittagskonzert. 1. Smetana: Streichquartett e-moll. 2. Smetana: Streichquartett d-moll. 3. Smetana: Streichquartett c-moll. 4. Smetana: Streichquartett d-moll. 5. Smetana: Streichquartett c-moll. 6. Smetana: Streichquartett d-moll. 7. Smetana: Streichquartett c-moll. 8. Smetana: Streichquartett d-moll. 9. Smetana: Streichquartett c-moll. 10. Smetana: Streichquartett d-moll. 11. Smetana: Streichquartett c-moll. 12. Smetana: Streichquartett d-moll. 13. Smetana: Streichquartett c-moll. 14. Smetana: Streichquartett d-moll. 15. Smetana: Streichquartett c-moll. 16. Smetana: Streichquartett d-moll. 17. Smetana: Streichquartett c-moll. 18. Smetana: Streichquartett d-moll. 19. Smetana: Streichquartett c-moll. 20. Smetana: Streichquartett d-moll. 21. Smetana: Streichquartett c-moll. 22. Smetana: Streichquartett d-moll. 23. Smetana: Streichquartett c-moll. 24. Smetana: Streichquartett d-moll. 25. Smetana: Streichquartett c-moll. 26. Smetana: Streichquartett d-moll. 27. Smetana: Streichquartett c-moll. 28. Smetana: Streichquartett d-moll. 29. Smetana: Streichquartett c-moll. 30. Smetana: Streichquartett d-moll. 31. Smetana: Streichquartett c-moll. 32. Smetana: Streichquartett d-moll. 33. Smetana: Streichquartett c-moll. 34. Smetana: Streichquartett d-moll. 35. Smetana: Streichquartett c-moll. 36. Smetana: Streichquartett d-moll. 37. Smetana: Streichquartett c-moll. 38. Smetana: Streichquartett d-moll. 39. Smetana: Streichquartett c-moll. 40. Smetana: Streichquartett d-moll. 41. Smetana: Streichquartett c-moll. 42. Smetana: Streichquartett d-moll. 43. Smetana: Streichquartett c-moll. 44. Smetana: Streichquartett d-moll. 45. Smetana: Streichquartett c-moll. 46. Smetana: Streichquartett d-moll. 47. Smetana: Streichquartett c-moll. 48. Smetana: Streichquartett d-moll. 49. Smetana: Streichquartett c-moll. 50. Smetana: Streichquartett d-moll. 51. Smetana: Streichquartett c-moll. 52. Smetana: Streichquartett d-moll. 53. Smetana: Streichquartett c-moll. 54. Smetana: Streichquartett d-moll. 55. Smetana: Streichquartett c-moll. 56. Smetana: Streichquartett d-moll. 57. Smetana: Streichquartett c-moll. 58. Smetana: Streichquartett d-moll. 59. Smetana: Streichquartett c-moll. 60. Smetana: Streichquartett d-moll. 61. Smetana: Streichquartett c-moll. 62. Smetana: Streichquartett d-moll. 63. Smetana: Streichquartett c-moll. 64. Smetana: Streichquartett d-moll. 65. Smetana: Streichquartett c-moll. 66. Smetana: Streichquartett d-moll. 67. Smetana: Streichquartett c-moll. 68. Smetana: Streichquartett d-moll. 69. Smetana: Streichquartett c-moll. 70. Smetana: Streichquartett d-moll. 71. Smetana: Streichquartett c-moll. 72. Smetana: Streichquartett d-moll. 73. Smetana: Streichquartett c-moll. 74. Smetana: Streichquartett d-moll. 75. Smetana: Streichquartett c-moll. 76. Smetana: Streichquartett d-moll. 77. Smetana: Streichquartett c-moll. 78. Smetana: Streichquartett d-moll. 79. Smetana: Streichquartett c-moll. 80. Smetana: Streichquartett d-moll. 81. Smetana: Streichquartett c-moll. 82. Smetana: Streichquartett d-moll. 83. Smetana: Streichquartett c-moll. 84. Smetana: Streichquartett d-moll. 85. Smetana: Streichquartett c-moll. 86. Smetana: Streichquartett d-moll. 87. Smetana: Streichquartett c-moll. 88. Smetana: Streichquartett d-moll. 89. Smetana: Streichquartett c-moll. 90. Smetana: Streichquartett d-moll. 91. Smetana: Streichquartett c-moll. 92. Smetana: Streichquartett d-moll. 93. Smetana: Streichquartett c-moll. 94. Smetana: Streichquartett d-moll. 95. Smetana: Streichquartett c-moll. 96. Smetana: Streichquartett d-moll. 97. Smetana: Streichquartett c-moll. 98. Smetana: Streichquartett d-moll. 99. Smetana: Streichquartett c-moll. 100. Smetana: Streichquartett d-moll.

Deutschland.

- Hamburg, 16. 10: Hühnermärkte in Deutschland. 17.00: Populärer wöchentliches Konzert. 17.20: Jugendkonzert. 18.30: Literarischer Wettbewerb. 19: Konzertprogramm aus dem Opernhaus: „Mignon“, Oper von Schumann.
- Zweibrücken, 16.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Orchesterkonzert. 17.30: Abendkonzert. 20: Orchesterkonzert. 20.50: Unterhaltungskonzert.
- Hannover, 19.00: 12: Operette. 13.30: Opernconcert. 14: Mittagskonzert. 16.45: Theaterkonzert. 18.15: Abendkonzert. 19: Konzert. 20.15: Opernconcert. 21: Gesellschaftskonzert. 22.15: Marinekonzert. 24: Tanzmusik.
- Köln, 11. 17.15: Jazz Band. 20.45: Opernconcert. 21.15: 5.17: 11: Opernconcert. 16.15: Konzert der Berliner Philharmoniker. 17.30: Konzert für Sport und Fremdenverkehr. 18: Entschuldig und Herr der Messe. 18.30: Köln zur Zeit des Kongresses.
- Köln, 19.

Beratungen der Bergarbeiter-internationale in Berlin.

Berlin, 16. März. Heute vormittags 10 Uhr trat im Gebäude des preussischen Landtages das Komitee der Bergarbeiterinternationale zu einer Sitzung zusammen. Vertreten sind Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Österreich, die Tschechoslowakei, Polen und Holland.

Das Exekutivkomitee befaßte sich hauptsächlich mit dem englischen Kohlenarbeiterstreik. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob die Stellungnahme von Sodges während des Streikes und fernerhin die Übernahme einer Mitgliedschaft im englischen Elektrizitätsrat mit seiner Stellung als Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes vereinbar sei. Diese Frage wurde zur weiteren Erörterung einem Unterausschuß überwiesen, der nach Abschluß seiner Untersuchung dem Exekutivkomitee Bericht zu erstatten hat.

Mayr-Harting und Mayr-Harting.

Wir haben bereits in unserer Sonntagsnummer ein paar Zeilen aus der Rede zitiert, die der deutscherrationale Justizminister Mayr-Harting vor einigen Tagen in Prag hielt, als er seine eigene Bescheidenheit und Genügsamkeit in nationalen Angelegenheiten dem christlichsozialen „Kreisparteitag“ beibringen wollte. Noch lustiger oder eigentlich tragikomischer wirken Mayr-Hartings Weisheitsperlen aus dem Jahre 1927, wenn man sie mit seinen Brillanten aus früheren Zeiten vergleicht, da der Regierungsmann noch ein strammer Oppositionsharting war. Die „Brüder Volkszeitung“ stellt treffend folgende Zitate aus Mayr-Hartings leider noch nicht vollständig gesammelten Reden einander gegenüber:

Dr. Mayr-Harting spricht ... am 14. März 1925 in Prag:

„Die Frage, was die Aktivisten wollen, ist uninteressant mit der Frage verknüpft, unter welcher Bedingung die Deutschen zur Mitarbeit bereit sind. Diese Bedingung ist die Erfüllung eines Minimums an Forderungen.“

Die Aktivisten fordern die Schulautonomie, die schulfähige Berücksichtigung der Deutschen in den Staatsämtern, die Sektionierung des Bodennamens und eine gerechte Lösung der Sprachfrage. Mehr ist vorläufig nicht nötig, aber:

weniger genügt nicht,

um den deutschen nationalen, kulturellen und sozialen Bedürfnissen entsprechen zu können ...“

Am 11. März 1927 in Prag:

Man hat uns vorgeworfen, daß wir bedingungslos in die Regierung eingetreten seien.

Wir haben unsere Forderungen nie verhehlt, aber wir haben ihre Erfüllung nicht zur Bedingung gemacht, sondern sehen in deren schrittweisen Erfüllung den Erfolg der gemeinsamen Arbeit.

Wir genügt die Tatsache,

daß dieser Staat heute von einer Mehrheit regiert wird, an der Deutsche, Tschechen, Slowaken und Ungarn beteiligt sind und von einer Regierung, in der Deutsche, Tschechen und Slowaken sind.

Das sollten nicht nur die Wähler, sondern das sollte auch der Herr Justizminister selber sehr aufmerksam lesen. Und dann, wenn er sein Gedächtnis etwas aufgefrischt hat, sollte er sich dünne machen!

Slowakische Enten.

Pater Slinka, der Führer der slowakischen Volkspartei, bringt jetzt in seinem Organ „Entwühlungen“, schreckliche Raubergeschichten aus den ersten Jahren der Republik, da man die slowakische Volkspartei angeblich mit Feuer und Schwert verfolgt hat. Der „sozialistischen“ Regierung sei damals kein Mittel zu schlecht gewesen, um die Agitation der slowakischen Volksparteier zu verhindern, ja gegen das Haus in Rosenberk, in dem die Volksparteier ihre zentralen Stellen hatten, sei im Jahre 1920 sogar ein Bombenanschlag geplant gewesen, dessen Urheber auch in der Regierung zu suchen waren. Diese Behauptung wird durch Zitierung folgenden Telegrammes „bewiesen“, das der Garnisonskommandant in Mostowitz von einem Breßburger Kapitän erhalten hat:

C. J. 62-20. B. C. A. - M. A. O. An Major Ludwig Polonka, Mostowitz. Ich habe von oben den Auftrag erhalten, den Volksparteiern die Agitation durch die Presse unmöglich zu machen. Nichts alles vorläufig ein, daß in der Druckerei in Rosenberk ein Brand ausbrach und daß die Rotationsmaschinen vernichtet werden. Vorfristig. Das übrige mündlich. Anjovskij. Gofolada 2x8 h. 45. Kap. Theod. Kouba, Leutnant Karl Kovb. K 2800 angewiesen durch Zahl 217.“

B. O. A. - Das war die Spionageabteilung des M. A. O. (Nationalverteidigungsministerium) und Gofolada - das war die Chiffre für Ekraft. Und dann sei auch wirklich einmal eine Ekraftkombe in der Druckerei des „Slovak“ gefunden worden. Wie sich die Dinge in Wirklichkeit verhielten, hätten die Volksparteier erst später erfahren.

Innerhalb aber haben die Slowaken dann noch hübsch ein paar Jahre verstreichen lassen, bis sie, nach Beseitigung der „sozialistischen“ Regierung (in der die Agrarier, Merikalen und Nationaldemokraten das große Wort führten), die Ente so fett gemästet hatten, daß sie nun Leichtsinnigen und Sensationshungrigen servieren können. Was für ein Glück doch, daß damals der Zerberlehring die Bombe land, denn sonst wären die armen, verfolgten slowakischen Volksparteier vielleicht gar niemals in die Regierung zu jenen Leuten gekommen, die ihnen den Garau machen wollten!

Tages-Neuigkeiten.

Fälle von Scheintod.

Aus dem Sarge geholt und dann genesen.

Beträchtliches Aufsehen erregt in München die soeben erschienene Veröffentlichung des ersten Assistenten des gerichtsarztlichen Universitätsinstituts in Breslau, Privatdozent Dr. F. Bierusky, der die falsche Ausstellung von Todesbescheinigungen durch Ärzte beklagt. Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen des Gerichtsarztes, die nichts Beringeres beweisen, als daß das Vorkommen von Fällen von Scheintod, wobei die Beschauärzte den Eintritt des Todes feststellen, so daß alle Anstalten zur Beerdigung getroffen werden, durchaus nicht in das Reich der Fabel gehören.

Dr. Pietrusky ging von dem Zeitungsartikel eines Arztes aus, der es unternahm, die Furcht der Laien vor dem Lebendigbegrabenwerden zu bekämpfen. In diesem Artikel wurde unter anderem erklärt, daß der Tod unzweifelhaft vermittelst der jetzt so fein gebauten Hörrohre festgestellt werden könne. So zwar, daß man den leisesten Herzschlag nachweisen kann. Es sei somit ausgeschlossen, einen Menschen für tot zu erklären, der noch lebe. Diese Behauptung erklärt Dr. Pietrusky für vollkommen unrichtig. Die nicht nachgewiesene Herz- und Atemtätigkeit, das Bestehen der Reflexe, Blässe und Unempfindlichkeit der Haut und Schleimhaut seien keine sicheren Zeichen des Todes. Das hat in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise der Fall Braun im Jahre 1919 erwiesen.

Da geschah folgendes: Ein Arzt bescheinigte den Tod einer Frau. Der Körper war völlig erstarrt, Puls, Atmung und Herzstätigkeit konnten nicht nachgewiesen werden, und Reflexe fehlten. Die „Ziegelprobe“ ergab ein negatives Resultat. Dann aber geschah es, als man die Wäsche der angeblich verstorbenen Frau am nächsten Tage untersuchen wollte, um ihre Identität festzustellen, daß man wahrnahm, daß sie am Leben sei. Die Frau lag bereits im Sarge. Es wurde sogleich ihre Ueberführung ins Krankenhaus veranlaßt, wo sie vollständig gesund wurde. Die Literatur kennt, wie Dozent Dr. Pietrusky ausführt, mehrere solche Fälle von Scheintod.

Die häufigste Gelegenheit, bei der ein Scheintoter mit einem Toten verwechselt wird, ergebe sich bei Unfällen durch elektrischen Strom. Eine sichere Bestätigung des Todes lege eben erst dann vor, wenn wenigstens Totenflecke, Totenstarre, Zeichen der Zersetzung und anderes vorliegen.

Besonders leicht könnte es geschehen, Neugeborene für tot zu erklären, die es nicht sind. Es habe sich vor einiger Zeit in dem Breslauer gerichtlich-medizinischen Institut selbst, wo Dr. Bierusky tätig ist, ereignet, daß ein solches Kind, das als Leiche eingeliefert wurde, übrigens eine Mißgeburt, noch lebe. Das Kind war nicht lebensfähig und ging in kurzer Zeit zugrunde, doch hat das nichts mit der Tatsache zu tun, daß ein Scheintotes Lebendiges für tot erklärt wurde.

Sehr ausführlich beschäftigt sich dann die Veröffentlichung mit einer ganzen Reihe von Fällen, in denen Ärzte die wahre Todesursache nicht erkannten, insbesondere verbroderische Verletzungen von Menschen nicht feststellten, obwohl solche Verletzungen auf den ersten Blick zu erkennen gewesen sein mußten. In vielen Fällen wurde gewaltsamer Tod als natürlicher Tod bescheinigt. Der Totenbeschauer sah eine Aehlschnur nicht, die um den Hals einer Leiche hing, und stellte Herzschlag fest. Ganz besonders merkwürdig ist ein Fall, wo ein Scheintotes Kind zur Einleitung eines Verfahrens wegen fahrlässiger Tötung gegen einen Arzt geführt hat. Der betreffende Arzt wurde auf die Polizei gerufen, wo man ihm ein neugeborenes Kind zur Untersuchung vorlegte. Der Arzt stellte fest, das Kind sei tot und es seien an ihm keine Spuren gewaltsamer Handanlegung wahrzunehmen. Auf Grund dieses Totenscheines wurde die angebliche Leiche in das Schauhaus transportiert. Dort wurde entdeckt, daß das Neugeborene lebe. Man brachte es auf die Frauenklinik, wo sich bei näherer Untersuchung herausstellte, daß dem Kinde eine Fetterschnur beider Scheitelbeine und ein Schädelbasisbruch gewaltsam zugefügt wurden. Erst vier Stunden später starb das schwerverletzte Kind, und es war nicht festzustellen, wenigstens nicht mit ausschließlicher Sicherheit, ob das Kind an den Verletzungen oder an den Erkalten zugrunde ging, denen es im Leichenschauhaus ausgesetzt war.

Brand im Luxuszug - Brand im Variete.

Rom, 16. März. In dem Luxuszug Nizza - Wien geriet gestern abends ein Schlafwagen auf bis jetzt unerklärliche Weise in Brand. Dieser griff auf den zweiten Wagen des Zuges über. Die Passagiere dieser Wagen, von denen mehrere bereits zu Bett gegangen waren, konnten sich in die übrigen Wagen des Zuges retten. Sobald der Brand bemerkt wurde, hielt der Zug auf freier Strecke an. Die beiden Wagen wurden abgepörrt und brannten vollständig aus. Der Schaden, den die Schlafwagen-Gesellschaft durch den Verlust des Gepäcks der Reisenden zu tragen hat, soll sich auf drei Millionen Lire belaufen.

Brooklyn, 15. März. Im Gayety-Variete-Theater brach während der Vor-

stellung ein Brand aus. Eine Bank unter den 1200 Zuschauern konnte mit knapper Not dadurch verhindert werden, daß das Publikum durch die Notausgänge herausgeführt wurde. Das Theater verbrannte vollständig.

Um wieviel ist das Bauen teurer geworden?

Das statistische Staatsamt hat sich einer neuen Aufgabe unterzogen, nämlich den sogenannten Bauindex festzustellen, das heißt die Frage zu beantworten, um wieviel das Bauen teurer geworden ist als in der Vorkriegszeit. Als Grundlage wurden die Kosten eines dreistöckigen Zinshauses mit zehn Wohnungen zu zwei Zimmern genommen. Das Ergebnis dieser Arbeit ist nun folgendes: Der Index der Baumaterialien, Eisen, Holz, Fenster, Röhren, Ziegelbedachung, beträgt 925. Das heißt, hat der Baumeister vor dem Kriege für die Baumaterialien 10.000 Kronen bezahlt, muß er nun 925.000 Kr bezahlen. Dabei ist von Interesse, daß am meisten (gegen das Jahr 1914) der Aufschlag gestiegen ist, der die Zinshauszahl 1222 hat, also um mehr als das zwösfache gestiegen ist. Ebenso haben Steine den niedrigsten Index von 111. Den niedrigsten Index weist Zement auf, und zwar 651, was bedeutet, daß Zement nur 65 mal teurer geworden ist als vor dem Kriege. Auch das Eisen weist einen verhältnismäßig niedrigen Index, nämlich 792, auf. Der Lohnindex beträgt, wie das statistische Staatsamt mitteilt, 882, ist also niedriger als der Gesamtindex, der 925 beträgt. Mit anderen Worten, die Löhne der Bauarbeiter sind weniger gestiegen als die Preise der Baumaterialien. Der gesamte Bauindex (Löhne und Preise) macht 906 aus, woraus also hervorgeht, daß das Bauen neunmal so teuer ist, als vor dem Kriege. Dabei möchte man freilich noch berücksichtigen, daß das Geld viel teurer ist als vor dem Kriege. Der hohe Zinssatz ist eines der größten Hindernisse beim Bauen. Erst durch die Herabsetzung des Zinssatzes kann der Bauindex zur Geltung kommen, wenn jedoch der Zinssatz der gleiche bliebe, dann werden die Baukosten auch weiterhin eben mehr als das Neunfache ausmachen.

Wie Wilhelm II. in Thorn gefucht wurde.

Wie die polnische Presse berichtet, erhielt dieser Tage das Postamt in Thorn einen aus Berlin abgelandeten Brief im roten roten Damerwert mit der Adresse:

An seine hohe Majestät
den deutschen Kaiser Wilhelm II.,
König von Preußen,
Thorn, Holland.

Da die Aufschrift sehr undeutlich war, las der Berliner expedierende Postbeamte „Thorn, Poland“ und sandte das Schreiben dorthin. Die Thorer Postbehörde war genötigt, da ein Abender nicht aufgegeben war, den Brief amtlich zu öffnen, und fand in ihm ein sinniges Gedicht einer Studienrätin, die darin noch immer hofft, Wilhelm II. im Siegerfranz in Berlin einzuhaken zu sehen. Die Thorer Post verlor den Briefumschlag mit Amtsstempel und nachstehendem Vermerk:

Adressat in Thorn unbekannt,
In den Hotels nicht auffindbar, auch liegen
keinerlei Zimmerbestellungen vor.
Der Brief wurde an seinen Bestimmungs-
ort weitergeleitet.

„Muskelmoosage für den Charlestonball.“ Unter diesem Titel - so schreibt uns eine Genossin - fand ich kürzlich in der Broder Zeitung „Zeit im Bild“ eine entsprechende illustrierte Notiz folgenden Inhalts:

Wenn man eine ganze Nacht hindurch Charleston tanzt, spürt man das nachher, wenn man nicht vorher kräftig die Beine massiert, hält man nicht durch. Mit Narrana Kois, ein Londoner Charleston-Tanz, läßt sich deshalb auch vorher gründlich auf die Strapazen vorbereiten. Der Masseur wohnt auch dem Charlestonball bei, um ermüdeten und überanstrengten Tänzern wieder auf die Beine zu helfen.

Damit wollte das Blatt offenbar andeuten, daß wir es hierzulande soweit noch nicht gebracht haben. Es mag ja vorkommen, daß sich unsere mondänen Damen, die Tag und Nacht das Tanzbein schwingen, sich täglich zur Stärkung ihrer charlestonisch verrenkten Glieder massieren lassen, aber auf den Pöllen und „fide o clod's“ gibt es unseres Wissens noch keine Massseure. Darum sollten die „modernen“ Frauen auch hier etwas mit der Zeit gehen und sich das Londoner Beispiel zunutze machen. Was liegt denn schon daran, wenn arbeitende Frauen kaum Zeit finden, Kinder und Haushalt zu betreuen, wenn sie die Nacht zum Tag machen müssen, um ihre von der Fabriksarbeit müden Glieder im Schlafe zu stärken, wiederum zu arbeiten - den mondänen Frauen fehlt zur Vervollkommnung heute nur noch der Tanzmasseur - dann ist alles in schönster Ordnung.

Die Erholungsheime der Allgemeinen Pensionsanstalt werden am 1. Mai 1927 eröffnet werden. Da nach den Erfahrungen des verflohenen Jahres zu schließen heuer wieder ein großer Andrang in die Erholungsheime seitens der Anstaltsmitglieder zu gewärtigen ist, empfiehlt die Anstalt allen Mitgliedern und vor allem denen, die bereits in früheren Jahren in den Erholungsheimen untergebracht waren und deren Gesundheitszustand einen abermaligen Ausbruch erfordert, von den von der Anstalt in den Erholungsheimen gewährten Begünstigungen insbesondere in den Monaten Mai und September Gebrauch zu machen, da dann ihre Ansuchen eher berücksichtigt werden können. Die für die

Der Reichstag soll auf ein halbes Jahr ausgeschaltet werden!

Berlin, 16. März. (Eigenbericht.) Die Regierungsparteien tragen sich mit der Absicht, den Reichstag im Mai auf ein halbes Jahr zu verlagern und ihn erst wieder im November zusammenzutreten zu lassen. Sie begründen dies damit, daß die neue Regierung Zeit haben müsse, sich einzuarbeiten. Der wesentlichste Grund liegt aber darin, daß sich die Regierungsparteien über eine Reihe von wichtigen Fragen nicht einig werden können und man zunächst durch die lange Sitzungspause Zeit gewinnen möchte.

Die Sozialdemokratie wird natürlich dagegen, daß der Reichstag auf ein halbes Jahr ausgeschaltet werden soll, den schärfsten Kampf führen.

Aufnahme von Mitgliedern geltenden Vorschriften sowie die für die Gesuche vorgeschriebenen Formulare werden von der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag II.-300 oder deren Landesstellen über Verlangen zugesandt. Die Gesuche sind bei den zuständigen Landesstellen spätestens bis 15. April 1927 einzubringen.

Wieder zwei Eisenbahnentente in Deutschland. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Oberrhein wurde auf den D-Zug 103 zwischen den Stationen Rastatt und Eschbach ein Anschlag verübt. Unbekannte Täter hatten einen großen Karren quer über das Geleise gewälzt. Das Unglück wurde durch die Geistesgegenwart einer Schrankenwärterin verhindert, die dem Zug entgegenlief und ihn durch Warnungssignale kurz vor dem Hindernis zum Stehen brachte. - Bei Dschas (Zachsen) hat ein noch nicht ermittelter Täter eine schwere eiserne Egge auf das Geleise der Bahnstrecke Leipzig-Dresden gelegt. Das Hindernis wurde von einem Eisenarbeiter erfaßt und weggeschoben, ohne daß der Zug Schaden litt.

Hungerstreik ukrainischer Genossen. Seit Monaten sind vier ukrainische Sozialdemokraten im Kriegsgericht in Czernowit in Haft. Fortwährend hieß es, sie würden auf freien Fuß gesetzt werden; zuletzt sagte man, wenn nur die Untersuchung beendet sei, dann würden sie entlassen werden. Die Untersuchung ist beendet; da jedoch ihre Schuld darin besteht, Ukrainer zu sein, werden sie weiter in Haft gehalten. Zum Protest nun gegen diese Haft und gegen die Behandlung sind die Genossen in der Vorwoche in den Hungerstreik getreten. Ihre Gesundheit ist durch die Haft längst untergraben, ihre Augen sind angegriffen. Man kann sich nun vorstellen, wie verheerend der Hunger auf ihre Organismen wirken wird. Aber den rumänischen Machthabern ist damit nur gedient. Die Genossen sollen vernichtet werden, eine Schuld kann man ihnen nicht nachweisen, - also läßt man sie auf diese Weise zugrunde gehen!

In den Tod gejagt. Die österreichische Lehrerin Elise Pfeiffer, hat sich in dem „Heim deutscher Lehrerinnen“ in Budapest mit Morphium vergiftet. Sie wurde in bewußtlosem Zustand in das Hochspital gebracht und ihr Zustand wird von den Ärzten als hoffnungslos betrachtet. Elise Pfeiffer war beim Ministerialrat Jolana Makra als Kinderfräulein in Stellung; nach drei Monaten wurde ihr gekündigt, und damit der Dienstgeber keine Abfertigung zahlen müsse, wurde gegen sie eine anonyme Anzeige erstattet, die ungarische Nation geschmäht zu haben. Sie wurde wochenlang in Haft gehalten, und obwohl kein Schatten eines Beweises in der Hauptverhandlung vorlag, wurde sie dennoch zu drei Wochen Arrest verurteilt. Es scheint, daß die Aufregungen und die Mißhandlungen ihre seelische Kraft gebrochen haben und daß sie keinen andern Ausweg als den des freiwilligen Todes gefunden hat.

Alles ist kein Kündigungsgrund. In einem Kölner Restaurant war ein hübsches junges Mädchen als Kassiererin angestellt. Dem Herrn Chef, der offenbar kein Kostverächter ist und sich auf Rosenmünder genau so versteht wie auf gepörrte Kalbszunge, ließ eines Tages das Wasser in eigenen Munde derart zusammen, daß er nicht anders konnte, als der niedlichen Kassiererin einen herzhaften Kuß zu versetzen. Ihm hats geschmeckt, ob auch der Kassiererin, meldet die Geschichte nicht. Hingegen meldet sie sehr entschieden, wenn es nicht geschmeckt hat, nämlich der angehranten Gattin des Restaurateurs, die ausgerechnet in jener Sekunde der Seligkeit den Schwanz über-rascht hat und nun kurzen Prozeß machte: sie erklärte das Mädchen für fristlos entlassen. Aber so leicht gestatter es heutzutage das Arbeitsrecht den Chefs und den „Gnädigen“ nicht mehr, für die Sünden, die sie selbst begehen, ihr Personal büßen zu lassen. Die entlassene Kassiererin lagte beim Kaufmannsgericht auf Zahlung einer Kündigungsentschädigung und das Gericht gab der Klage statt. In der Urteilsbegründung hieß es, daß ein Grund zu fristloser Entlassung nicht vorgelegen habe, weil der Verklagte selbst die Schuld an der Entlassung trage. Der Herr Restaurateur hat also für die „fische Speise“ keine Zehnpfenniger begeben dürfen, sondern sie mit 304 Mark nebst Gerichtskosten honorieren müssen.

Stittlich-religiöse Erziehung und was draus wird. Im englischen Unterhause waren dieser Tage die sozialistischen Sonntagsschulen, die allerdings in der Agitation und in der Phantasie der Konserverativen eine größere Rolle spielen als in Wirklichkeit, wieder einmal Gegenstand heftiger Angriffe. Man witterte gegen die Gottlosigkeit, die an diesen „bolschewistischen Pflanzstätten“ gelehrt und mit der die Kinder verborben würden. Aber die Wit der Reaktionen löste sich in allgemeines lautes Gelächter auf, als von den Banken der Arbeiterpartei unser Genosse Wallhead sich vernahmen ließ: „Ich bin in einer Kirchenschule erzogen worden, der Lehrer hat mich Dikraelis (des konserverativen Ministerpräsidenten) Neben nach dem Diktat schreiben lassen — und schauen Sie, was aus mir geworden ist . . .“

Ueber die Elektrifizierung der Oesterreichischen Bundesbahnen teilte der Sektionschef Ing. Paul Dittes in einem Vortrage mit, daß die erste Etappe der Arbeiten, die sich auf das Streckengebiet westlich von Innsbruck beziehen, bereits vollendet ist, indem die 254 Kilometer lange Strecke Innsbruck—Bregenz und die 238 Kilometer lange Strecke Innsbruck—Vuchs dem elektrischen Betriebe übergeben ist. Die Arbeiten der zweiten Etappe, in der Richtung nach Salzburg und zum Brenner, befinden sich in günstigem Fortschreiten. Dienstag konnte die Aufnahme des elektrischen Betriebes auf der 60 Kilometer langen Strecke Innsbruck—Wörgl erfolgen, der sich im Juni die Aufnahme der elektrischen Jungbeschleunigung auf der Strecke Wörgl—Kufstein anschließen wird. Da auch die Grenzstationen ihre Elektrifizierungsarbeiten fortsetzen, so werde es nicht lange dauern, daß auch die Strecken Brenner—Bozen und Kufstein—Vuchs—Gent elektrifiziert werden befähigt werden können. Im Juni dürfte auch der Betrieb München—Kufstein elektrifiziert sein, so daß dann die Strecke Salzburg—München—Stuttgart—Karlsruhe elektrifiziert sein wird.

Die erste Frau in einem Landesschulrat. Vor kurzer Zeit ist vom mährischen Landesauschuh die ehemalige Bürgerschullehrerin Kofol-Chleborad in den mährischen Landesschulrat entsendet worden. Es ist dies die erste Frau, die in einer höheren Schulbehörde der Republik Sitz und Stimme hat.

Die Tuberkulose. Der Direktor des Gesundheitsdepartements im polnischen Innenministerium, Wroczyński, stellte in einer im Innenministerium abgehaltenen Pressekonferenz fest, daß sich in Polen über 700.000 an Tuberkulose leidende Personen befinden.

Im Wald verhungert. In einem Wald bei Petersdorf im Bezirk Mähr. Schönberg wurde die Leiche eines etwa 50 Jahre alten unbekanntes Mannes gefunden. Der herabzugerufene Arzt stellte fest, daß der Unglückliche an Hunger gestorben war. Der Unbekannte war am 27. Februar in Petersdorf gesehen worden, wo er betrunken ging. Zeit diesem Tag war er abgängig. Wahrscheinlich ging er in den Wald, wo er Hungerstodes starb. Sein Name konnte bisher nicht festgestellt werden.

Zusammenarbeit der Rundfunkgesellschaften. Am 18. März wird in Wien die Kommission für geistige, künstlerische und soziale Zusammenarbeit der Rundfunkgesellschaften zusammentreten. Diese Kommission ist dem Spezialauschuh der Union Internationale de Radiophonie angegliedert, in der alle Rundfunkgesellschaften vereinigt sind. Als wichtigster Punkt steht auf der Tagesordnung der Programmaustausch und die Uebertragung der Programme unter den der Union angehörenden europäischen Gesellschaften, ferner insbesondere das Verhältnis der Sendegesellschaften zu den Künstlern und Autoren.

Kleine Chronik.

Mittelalterliche Lohntämpfe.

Schon im 14. Jahrhundert wurde den Handwerksmeistern das auch nach der heutigen Gewerbeordnung verbotene Trudsystem — die Entlohnung durch Arbeitserzeugnisse statt durch Geld — verboten. In der Regel geschah die Auszahlung des Lohnes wöchentlich, bei Bauhandwerkern und Bäckern auch wohl täglich. Zum Geldlohn kam meistens noch die Beföstigung. Beide genügten den Handwerksgehilfen oft nicht, so daß es zu Lohntämpfen kam, die zuweilen mit großer Erbitterung geführt wurden. In einer besonders teuren Zeit stellte sich einmal der Nürnberger Rat auf die Seite der unzufriedenen Bauhandwerker und verfügte kurzerhand eine Erhöhung ihres Lohnes. Aber so günstig war die Situation für die Arbeitnehmer nur selten im Mittelalter. Um die häufigen Streitigkeiten wegen der Kost zu beseitigen, verbot die Reichspolizei-Ordnung von 1584 den Gezellen, Bedingungen über Essen und Trinken zu stellen. Dafür wurden die Meister angehalten, für gutes und reichliches Essen Sorge zu tragen.

Schon früh mußte sich den Gezellen die Einsicht aufdrängen, daß nur eine feste Organisation ihr Streben nach Selbständigkeit und Ansehen verwirklichen konnte. Das beste Beispiel dafür gaben ihnen ja die Vereinigungen der Meister, die Zünfte. Nach diesem Vorbild entstanden überall die Gezellenbrüderschaften. Ihr erster Zweck war wohl die Unterstützung armer und kranker und die Bestattung verstorbener Mitglieder. Aber es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß bei den Zusammenkünften sehr bald auch die soziale und wirtschaftliche Lage der Lebenden besprochen wurde, so daß man in diesen Brüderschaften die ältesten Vorläufer der heutigen Gewerkschaften sehen darf. In manchen Orten verbot der Rat jegliche zünftige Vereinigung der Gezellen. Die große Macht bekamen jene Vereinigungen, denen es gelang, das Recht der Arbeitsvermittlung, des Arbeitsnachweises, in die Hand zu bekommen. Dieses Recht war eine mächtige Waffe, um die viele Kämpfe ausgedehnt wurden, die aber, wie es scheint, fast stets zugunsten der Gezellen ausgingen.

Die gemeinschaftliche Arbeitsniederlegung, der heutige Streik, wurde im Mittelalter „Aufstehen“ genannt und ebenfalls schon früh angewendet. Bereits 1361 traten die Weber in Speyer, als ihnen der Lohn nicht genügte, in den Ausstand und erreichten dadurch ein Entgegenkommen der Meister. 1407 planten die Schuhmachergezellen der oberbayerischen Orte einen Streik. Man rechnete mit der Teilnahme von 4000 Gezellen, die sich zu einer verabschiedeten Zeit an einem genau bestimmten Orte treffen wollten. Aber der Plan wurde der Öffentlichkeit zu früh bekannt. Die erschrockenen Bürger beriefen einen Stadtrat ein und berieten und sonderten hier auch Mittel und Wege, um die Ausföhrung des Planes zu verhindern. Der längste und durch mancherlei Umstände auch sonderbarste Streik war der der Bäcker in Kofmar, der von 1495 bis 1505 — also ganze zehn Jahre lang — dauerte und mit einem vollen Siege der Streitenden endete. In diesem Kampfe wurde auch bereits das Ausstellen von Streikposten geübt.

1724 bis 1726 streikten die Augsburger Schuhmachergezellen. Sie zogen aus der Stadt und erließen an alle Gezellenbrüderschaften im Römischen Reichs Landbriefe, in denen sie mitteilten, daß der Augsburger Rat ihre alten Rechte nicht anerkennen wollte. Zugleich warnten sie ihre Arbeitsbrüder, daß „keiner nach Augsburg reisen thut, was ein braver Kerl ist, oder geht er hin und arbeitet in Augsburg, so wird er seinen verdienten Lohn schon empfangen, was aber, das wird er schon erfahren.“ Die Warnung hatte auch Erfolg. Kein Gezelle kam nach Augsburg. Trotzdem mußten sich nach Ablauf von zwei Jahren, nachdem schon vorher die Altgezellen der Katholiken und der Evangelischen festgenommen worden waren, die Streitenden fügen und allen Be-

dingungen der Meister unterwerfen. Nur zwanzig katholische Gezellen verweigerten die verlangte Abbitte und wanderten lieber aus. Friedrich Gläbe.

Eine deutsche Expedition nach der Nord-Mandschurei. Der deutsche Forscher Ostleib, Walter Zidner, beabsichtigt, jetzt mit einer neuen Expedition den noch völlig unbekanntes Norden der Mandschurei zu erforschen. Es handelt sich um das Gebiet des Helang Kiang, das sich in einer Breite von 400 Kilometer und einer Länge von 1000 Kilometer an der nördlichsten Peripherie des chinesischen Reiches erstreckt.

Die Moral des Filmkapitals. Häufiges meidet der Drah, ohne sich vor Lachen zu krümmen: In der Filmstadt Hollywood haben die Direktoren der großen Filmgesellschaften, offenbar unter dem Eindruck der Skandal-affäre Charlie Chaplins, an alle Schauspieler und Schauspielerinnen der Filmstadt ein Rundschreiben gerichtet, worin die Schauspieler aufgefordert werden, entweder einen moralisch einwandfreien Lebenswandel zu führen oder aber höchstens den Beruf eines Film-schauspielers aufzugeben. Es sei richtig, heißt es in dem Rundschreiben, daß das Liebesleben der Künstler und Künstlerinnen eigentlich ihre Privatangelegenheit sei, doch müssen sich die Direktoren der Filmindustriegesellschaften vorbehalten, jeden Schauspieler kurzerhand zu entlassen, dessen Privatleben beim Publikum Anstoß erregt und daher geeignet ist, die Gewinne der Filmgesellschaften zu schmälern. Ueberdies haben die Filmdirektoren in Hollywood beschlossen, in Zukunft in alle Verträge mit Filmstars eine „Moralitätsklausel“ aufzunehmen, in welcher der oder die Engagierten sich verpflichtet, einen „dezenten und ehrenhaften“ Lebenswandel zu führen.

Gerichtssaal.

Michael Kohlhaas aus Klotzsch.

Prag, 15. März 1927. Als der Schmied Franz Chmel in Klotzsch den Zahlungsauftrag auf Kr 300.— vom Bezirksgerichte in Ribau bekam, da schlug er sich auf die Brust und sagte: „Ich bin ein unbescholtener, ehrenwerter Mann, der im Leben noch niemals jemandem um einen Heller gebracht hat, ich nehme die Gerichtsverladung zur Verhandlung wegen einer Summe, die ich nicht anerkenne, nicht zur Kenntnis!“ Und er sandte die Verladung dem Gerichte zurück, weil es ihn wenig beschäftigte, daß ihn jemand klagte. „Kann ich verurteilt werden, wenn die Forderung unrichtig ist?“, sagte er zu seinem Weibe und zu seinen beiden Mädchen, Kinder im Alter von sieben und vierzehn Jahren. „Ein gerechtes Gericht kann mich nicht verurteilen, weil ich nichts schuldig bin. Ich gebe daher überhaupt nicht zur Verhandlung!“ Und so kam's, daß das Gericht den Mann in Abwesenheit verurteilte, weil er in seiner Raubrität nicht wahrte, daß er durch Ignorieren der Verladungen verurteilt werden mußte. Man bewilligte gegen ihn die Exekution und eines Tages erschien ein vom Gericht bestellter Zwangsverwalter bei unserem Schmied und wollte ihm etwas beschlagnahmen. Der kam aber gut an!

„Ich bin nichts schuldig, basta! Das ist eine Gerechtigkeit! Hinaus von meinem Grund und Boden! Ich bin niemandem etwas schuldig, ein unbescholtener Mann, seit 20 Jahren in der Gemeinde, hinaus, du Haderlump!“

Der Zwangsverwalter ging, um mit einer zweiten Gerichtsperson zurückzukommen.

„Was, zwei seid ihr gegen mich, den Dorfschmied? Ich bin ein braver Soldat im Krieg gewesen, die Bezirkshauptmannschaft hat mir sogar einen Waffenpaß bewilligt, fort, ihr Kerle, sonst leg ich mein Gewehr an!“

Deul'enturie.		
Prager Kurse am 16. März.		
	Geld	Bare
100 holländische Gulden	1340.75	1485.75
100 Reichsmark	799.—	803.—
100 Belgas	488.75	471.75
100 Schweizer Franks	618.75	611.75
1 Pfund Sterling	163.87 1/2	164.57 1/2
100 Lire	153.17 1/2	154.57 1/2
1 Dollar	33.61 1/2	33.91 1/2
100 französische Franks	13.85	133.05
100 Dinar	59.25	59.75
100 Bengas	589.82	592.82
100 polnische Zloty	877.—	880.—
100 Schilling	474.6 2/3	477.6 2/3

Der Schmied war wütend geworden. Im Dorfe selber wußte man von ihm, daß er ein guter, jeder-mann gefälliger Mensch war, aber wenn er sich aufrege, und das war, seit er nach dem Kriege mit der „Nervosität“ heimgekommen war, oft der Fall, ja dann war mit ihm nicht zu spaßen.

Die beiden Vollzieher der amtlichen Gewalt bekamen Angst. Sie liefen um den Gendarm. Der kam und fragte die beiden keinen Wadchen, die vor der Schmiede waren, wo der Vater sei. „Hui, die Gendarmen suchen den Vater!“ weinten die Kinder, der Vater aber sagte: „Fürchtet euch nicht, Mädels, der Gendarm hat einen Revolver, ich habe eine Flinte und auch einen Revolver, sogar zwei!“ Gendarm und Schmied standen einander, Revolver gegen Revolver, gegenüber. Da bekam der Gendarm Angst und ging. Der Schmied lachte und sagte heute bei Gericht:

„Ich dachte vor Gram und Scham daran, mich selber zu erschießen, aber nicht den Gendarm, ich habe auch dann einen Selbstmordversuch in meiner „Nervosität“ im Wald gemacht und mir aber nur die Kappe durchschossen. Daß wir so tapfere Gendarmen haben, die beim Anblick eines Revolvers gleich weglaufen, der nicht gegen sie, sondern gegen mich selber gerichtet war, das erfahre ich erst damals!“

Nach der Szene legte sich der Mann ins Bett, sein Weib machte ihm einen Unschlag um den Kopf und fröh brumnte der Kopf noch immer. Er dachte sich: „Gut, sein habe ich die Sache gemacht! Da will ich doch sehn, ob es möglich ist, daß einem Unrecht geschieht!“ Aber die Amtsgerichts heißt eben Amt's-gerecht und so erschienen, wie er sich fröh die Augen rieb, drei Gendarmen, fesselten den verzweifelten im Bette liegenden Mann, der die Flinte gegen sie drohend erhob, einen in den Finger riß oder biß, an Händen und Füßen und transportierten ihn vor den Augen von Frau und Kindern und dem ganzen Dorfe wie einen endlich gefangenen Raubmörder ins Bezirksgericht nach Ribau.

Heute stand er wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der gefährlichen Drohung vor dem Dreizehnter Senat des O.-L.-G.-R. Belriegel. Die Leumundnote sagte: „Ein unbescholtener, allgemein gefälliger, friedfertiger Mann!“ Die Psychiater fanden: „er habe im Affekte gehandelt, ist aber geistig normal.“ „Sie sind normal“, meinte der Richter. „Das freut mich nur, daß ich es bin!“ sagte der Schmied, „aber Gerechtigkeit muß trotzdem sein, meine Herren!“ „Hatten die Revolver das ihm bewilligte Längenmaß?“ erkundigte sich der Richter bei den Gendarmen. „Sie waren 10 Zentimeter lang, der Waffenpaß gestattet im allgemeinen 15 Zentimeter lange Schußwaffen“, erklärte der Gendarm. „Da irren Sie sich wieder einmal“, belehrte der Schmied den Gendarm und den Gerichtshof, „nicht 15 Zentimeter, sondern 18 Zentimeter heißt es ausdrücklich. Gerechtigkeit und Genauigkeit soll überall sein!“

Nach längerer Beratung verurteilte der Senat den Schmied zu drei Monaten schweren Kerkers unbeding und motiviert die unbedingte Verurteilung des bisher unbescholtene Mannes mit der großen Einbuße an Autorität, die die Amtspersonen im Dorfe durch die Bedrohung und Resistenz des Schmiedes erlitten haben.

Der Schmied hatte nicht einmal einen Ex-Offo-Verteidiger, weil er davon überzeugt ist, daß Gerechtigkeit auf Erden sein muß.

Ein feiner Spaß.

Von Arkadi Avertschenko.

Einzig berechnigte Uebertragung von Werner Peter Larsen.

Wassilissa Kesterentowa besaß eine öffentliche Leben eine unscheinbare bescheidene Stellung, ohne sonderlichen Prunk und Glanz; sie handelte mit Sonnenblumenkernen und Apfelsinen. Ein jeder, dem es gelungen war, sich vermöge seiner Beschäftigung oder gesellschaftlichen Stellung über den Apfelsinenhandel hinauszuheben, dünkte sie ein Besonderer, ja gewissermaßen Auserwählter, dem sie mit tiefster Ehrerbietung und heimlichem Jagen nahe.

Den Freiseurgehilfen Schorsch Schablow, der bei ihr hin und wieder Apfelsinen kaufte, betrachtete sie als ungemene „pffiffigen Kopf“, ihre Tochter aber, die es vermocht hatte, aus eigener Kraft eine schwindelnde Höhe der gesellschaftlichen Zulassenleiter zu erklimmen, betete sie an.

Die Tochter verfuhr im Manufakturwarengeschäft des Kaufmanns Chlapow zu Mostau den Posten einer Kassiererin, schrieb der Mutter ab und zu einen Brief, den diese nicht entziffern konnte, und schickte ihr Geld, das sie nicht auszugeben wagte.

Den Wassilissa Kesterentowa verstand weder zu lesen noch zu schreiben und träumte überdies von einer Aussteuer für ihre Tochter.

„Schorsch!“ sagte die Apfelsinenhändlerin einschmeichelnd, indem sie sich in ihr zerlöcheres Tuch hüllte. „Sie schreiben mir also den Brief, ja?“

Der Freiseurgehilfe runzelte die Stirn, schnippte mit den fleischigen Fingern und pffiff vor sich hin.

„Schreiben Sie, schreiben Sie . . .! Glauben Sie etwa, es ist so leicht, zu schreiben? Ich habe vier Jahre lernen müssen, bis ich es ordentlich konnte. Jetzt geht es zwar wie geschmiert; aber es will doch alles überlegt sein, wie man die Worte setzt oder, zum Beispiel, einen Gedankenstrich . . .“

„Gedankenstrich —?“ fragte die Händlerin stumpfsinnig. „Zu was ist denn der nütze?“

„Wie — zu was? Halten Sie lieber den Mund, wenn Sie nichts davon verstehen!“

„Ebenso die Zäge — da gibt es allerlei. Das will gelernt sein. Na, versuch du doch mal zu schreiben, meine Best! . . . ich stelle mir das ja vor . . .!“

„Und wie Ihnen bloß solch Blud beschieden ist, Georgi Myrillisch!“ sagte die Kesterentowa bewundernd. „Wie Sie das bloß alles gelernt haben! Und wie der Gehirnfasson eines Menschen arbeiten muß, um so mir nichts dir nichts einen ganzen Brief hinzukriechen! . . .“

Der Ausdruck „kriechen“ verlegte den Gehilfen.

„Was? kriechen? Na, dann kriech dir deine Briefe gefälligst selber! Das könnte mir ja gefallen . . .“

Er wandte sich zum Gehen, aber die Händlerin erwischte ihn beim Rückwärts und verdoppelte das Quantum faustdicker Schmeicheln: „Mein Gott, wo laufen Sie denn hin? So ein feiner, gebildeter Herr — und läuft weg! So ein bildschöner, junger Mann, um den sich alle Mädel reihen — und mit einem Mal . . . Uebri-gens, wissen Sie, gestern hat Ihr Meister bei mir Limonade gekauft und so allerlei geschwätzt . . .“

„Da habe ich eine ganze Schar Leute im Hause“, sagt er, „aber die meisten sind bloß dazu da, um sich durchzufressen; der einzige, der was taugt, das ist Schablow, Georgi Myrillowitsch.“

„Du lägst ja.“

„Warum sollte ich wohl lügen? Nicht um das Schwarze unter dem Fingernagel habe ich hinzugehtan, mein Wort!“

Selbstverständlich log die Alte. Der Meister hatte zwar tatsächlich Limonade bei ihr gekauft, und er hatte auch tatsächlich von Schablow geredet, nur in etwas anderem Tone:

„Ich kann kaum die Stunde erwarten“, hatte er gesagt, „da ich diesen Lumpen los werde. Er faßt er, und ich glaube, er greift sogar in die Labenlaffe.“ Der springende Punkt aber: Schorsch verstand zu lesen und zu schreiben, er beherrschte Zäge, Gedankenstriche und allerlei andere Dinge, und die Alte mußte seinen Unwillen, es koste, was es wolle, befänstigen.

„Verwandte oder sonstige Erben habe ich nicht“, sagt er, „wem soll ich denn überhaupt einst das Geschäft hinterlassen?“ „Wem?“ sage ich. „Na, wem denn wohl, wenn nicht Schorsch?“ „Richtig, meint er, das will auch tun!“

„Du schwindelst ja, Alte! Hat er das wirklich gesagt?“

„Das hat er gesagt. Bei Gott, gesagt!“

Dem empfindlichen Schorsch kam es plötzlich so vor, als benehme sich die Händlerin ihm gegenüber zu familiär.

Er schob die Hände in die Taschen, machte halbkreis und fragte frostig: „Sagen Sie mal, was wollen Sie eigentlich von mir?“

„Was heißt — darum? Erklären Sie sich deutlicher!“

„Na, um den Brief.“

„Welchen Brief?“

„Mir den Brief zu schreiben . . . Ich kann doch nicht schreiben, bei Gott, ich kann nicht!“

„Wem zu schreiben?“

„Na, meiner Tochter in Mostau. Der Tochter . . . Sie hat mir erst gestern noch Geld geschickt.“

Schorsch runzelte streng die Brauen.

„Und warum hast du nicht selber schreiben gelernt, ah?“

„Ja, wie hätte ich wohl sollen . . . zuerst war ich immer zu klein und zu klein, und dann war ich auf einmal zu groß! Da war es eben zu spät.“

„Da, ja“, brummte Schorsch untwirsch. „Wenn es heißt, Kinder in die Welt zu setzen, seid ihr alle dabei, aber sobald ihr ihnen mal schreiben sollt, haltet ihr andere damit von der Arbeit ab . . .“

„Ich will es doch nicht umsonst!“ verteidigte sich die Alte. „Ich will ja dafür bezahlen!“

Der Freiseurgehilfe pffiff wiederum vor sich hin.

„Hm . . . Sollte ich schließlich . . .?“

Ihm gegenüber stand die Apfelsinenhändlerin, in ihr zerlöcheres Tuch gehüllt, und verfolgte mit Angst und Spannung sein Wienen-spiel.

„Meinetwegen“, sagte Schorsch schließlich. „Ich will es noch einmal tun.“

(Schluß folgt.)

